

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaßte Zeile oder deren Raum 30 Pfg. Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 237.

Dienstag, den 9. Oktober 1917.

24. Jahrg.

Die Abrechnung mit den Alldeutschen und ihren Helfershelfern.

Ueber die Sonnabend-Sitzung des Reichstages schreibt der „Vorwärts“:

Am 19. September brachte der „Vorwärts“ in einem Artikel „Ein gefährlicher Plan“, die ersten Mitteilungen über die beginnende behördliche Propaganda zugunsten des Alldeutertums. An jenem Tage war hier zu lesen: „Wir glauben nicht, daß der verantwortliche Reichskanzler hinter diesem Treiben steht, nehmen vielmehr an, daß er davon nichts weiß. Er wird aber, um Schaden zu verhüten, diesen Dingen nachgehen und für Ordnung sorgen müssen. Uebergriffe von Vorgesetzten, die auf eine politische Beeinflussung der Untergebenen hinarbeiten, führen notwendigerweise zur inneren Zerkleinerung. Auf diese Gefahr zeitig hinzuweisen, scheint uns Pflicht. Man soll sich auch nirgends dem geringsten Zweifel darüber hingeben, daß die Ausführung jenes Planes auf entschiedene Gegenwehr in der Presse und besonders auch im Reichstag stoßen würde.“

Wäre dieser wohlgemeinte Rat damals beachtet worden, so hätte der Reichskanzler sich und dem deutschen Volke die gestrige stürmische Sitzung im Reichstag erspart. Die Regierung hat es aber damals nicht für notwendig gehalten, ihre Stellung zu unzulässigen behördlichen Agitationen vor der Öffentlichkeit klarzulegen und, was noch schwerer wiegt, sie hat nichts unternommen, um dem hier gekennzeichneten gefährlichen Unfug zu steuern. Die Redaktionen der sozialdemokratischen Presse und die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion — wie Herr Trimborn gestern mitteilte, auch die der Zentrumsfraktion — wurden mittlerweile mit Zuschriften überhäuft, in denen über politischen Gesinnungsdruck die schärfsten Klagen erhoben wurden. In diesen Zuschriften kamen die bittersten Gefühle von Untergebenen zum Ausdruck, die ihnen widerstrebende Meinungsäußerungen ihrer Vorgesetzten „gehörfam!“ ohne ein Wort des Widerspruchs hinnehmen mußten und sich dadurch in ihrer Gewissensfreiheit aufs schwerste verletzt fühlten.

So wurde die sozialdemokratische Interpellation notwendig. Und so erklärt sich auch die gereizte Stimmung, die gestern von Anfang an über dem Reichstag lagerte. Daß es unserer Fraktion keineswegs darauf ankam, die Hitze der inneren politischen Reibungen künstlich zu steigern, bewies sie durch die Wahl ihres Redners, des Genossen Landsberg, den man am besten vielleicht dahin kennzeichnen kann, daß er die größte sachliche Schärfe mit der stärksten Beherrschung des Temperaments zu verbinden weiß. Von ihm war zu allererst zu erwarten, daß er versuchen könnte, aus wenig durch erregte Worte viel zu machen. Der spätere Vorwurf des Kriegsministers, Landsberg hätte „mit Mühe“ ein paar Fälle zusammengeschichtet, mußte daher glatt zu Boden fallen. In Wirklichkeit hatte Landsberg in rednerisch meisterhafter Form eine erschütternde Fülle von Tatsachen vorgetragen und aus ihnen Folgerungen gezogen, deren zwingender Logik man sich bis in die Reihen der Nationalliberalen hinein nicht entziehen konnte. Er hatte ohne sichtbare Zeichen der Erregung gesprochen, dafür aber desto mehr Erregung hervorgerufen. Auf der linken Bank weckten die Tatsachen, die er aneinanderreichte, bald Hohnlachen, bald Entrüstung, auf der Rechten schrie man aber an vielen Stellen der Rede, die empfindlichen Stellen berührten, getroffen auf.

Nach der Rede Landsbergs war es klar, daß in diesem Hause und vor der ganzen Öffentlichkeit eine Verteidigung des bloßgestellten Systems nicht möglich war. Für die Regierung, die zu lange die Zügel hatte am Boden schlaffen lassen, ergab sich eine höchst schwierige Situation. Nur ein Meister der parlamentarischen Kunst am Regierungstisch hätte die Lage retten können, und auch er nur durch die einwandfreie klare Erklärung, daß mit den gerügten Missetatenden unerbittlich Schluß gemacht werden würde.

Wir wissen nicht, ob sich Herr Michaelis als ein solcher Meister erweisen hätte. Jedenfalls war er vorsichtig genug, sich der Probe nicht auszuweichen. Herr Helfferich hat kein Fernbleiben damit entschuldigt, daß er „keine große politische Debatte“ erwartet hätte. Das spricht nicht sehr für den politischen Weitblick des Reichskanzlers, denn daß sich diese Interpellationsberatung zur großen politischen Debatte auswachsen mußte, ja, daß sie unter Umständen eine ganz außerordentliche Bedeutung gewinnen konnte: dies vorauszuwissen, war wirklich nicht allzu schwer. Herr Michaelis mußte wissen, daß der Kriegsminister des Reichstages gar sehr bedurft, und daß Herr Helfferich — dessen Talent es nun einmal ist, auch die einfachste Sache zu verwickeln — nicht der Mann war, der ihm diesen Beistand leisten konnte.

Und so kam es, wie es kommen mußte. Wir sind weit davon entfernt, ein böshafes Vergessen darüber zu empfinden, daß der Kriegsminister gestern vor dem Reichstag schlecht abgeschrieben und im Sturm der Zurufe, den er entseufzte, zeitweilig gar nicht zu Worte kommen konnte. Er hatte diese Wirkung offenbar gar nicht beabsichtigt, ja er schien über sie erstaunt. Nun kommt es im allgemeinen und ganz besonders heutzutage mehr darauf

an, daß ein Kriegsminister in seinem Fache tüchtig, als daß er ein glücklicher Parlamentsredner ist. Es heißt, daß Herr Michaelis Herr v. Stein für einen sehr tüchtigen Kriegsminister hält; um so weniger verständlich ist es, daß er ihn auf stürmischer Fahrt in unbekanntem Gewässern ohne Lotsenhilfe ließ. Eine kluge, geschickte Führung hätte für die Regierung die Peinlichkeit des gestrigen Tages wesentlich lindern können. Daran hat es aber gefehlt.

Aus der Rede des Kriegsministers hatte man von einem guten Willen, wirklich Abhilfe zu schaffen, nichts gemerkt. Manche zum Mißverständnis geradezu herausfordernden Stellen seiner Rede hatten die Stimmung gereizt und erbittert. Nun aber kam — Herr Helfferich, der „Stellvertreter“. Nachdem die Rede des Herrn v. Stein das Haus sichtbar völlig unbefriedigt gelassen hatte, konnte er gar nicht glücklicher beginnen, als mit den Worten: „Ich habe den

Michaelis hatte aber nicht vorausgesehen, daß es eine große politische Debatte geben würde. Herr Michaelis ist nicht da!

Wir entlassen den freundlichen Redner in einiger Spannung. Aber eine Moral aus der Geschichte zu ziehen, möchten wir schon jetzt, da sie noch gar nicht zu Ende ist, nicht unterlassen. Wenn die Presse offenkundige Mißstände rügt, dann soll sich die Regierung beeilen, sie abzustellen, und nicht erst warten, bis der Reichstag kommt.

Nachstehend geben wir noch einige andere bemerkenswerte Preßstimmen über diese Sitzung wieder:

Das „Berl. Tageblatt“ spricht von einer „betretenden Rede“, die unser Genosse Landsberg am Sonnabend gehalten hat. Scharf wendet sich das Blatt gegen den „noch immer vorhandenen Dr. Helfferich“. Weiter sagt das Blatt: „Herr Dr. Michaelis hätte wirklich besser getan, sich gestern selbst zu bemühen. Er hätte vermutlich auch nicht erleuchtend gewirkt, aber wenigstens die traditionelle Autorität, die dem Kanzlertitel anhaftet, mitgebracht. Der Reichstag, mit Ausnahme der Konservativen, empfand, daß es nötig sei, den Reichskanzler vor die Frage, ob er noch vorhanden sei und diese Zustände weiter dulden wolle, zu stellen.“

Die „Bosnische Zeitung“ fragt: War es nötig, daß im Reichstag, während draußen an den Fronten feindliche Angriffe nach blutigem Ringen wirkungslos zerfielen, parteipolitische Leidenschaft ihr lautes Echo findet? Das Blatt antwortet: Vieles, was gestern gelagt worden ist, hätte unterbleiben können, vieles war ungeschickt und nicht der Ausfluß bösen Willens. Aber das Verhalten Dr. Helfferichs hat jeden Weg zerstört. Das erstmal ist es nicht. Wir hoffen das Letzte.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ jagt: „Jugend ein Wort zur Verteidigung der Vaterlandspartei ist gegenüber den heftigen Angriffen, die gegen sie gerichtet wurden, vom Regierungstische nicht gesprochen worden. Und so ist es gekommen, daß auch die gestrige Debatte die große Frage nicht geklärt hat: „Wie steht die Regierung zu dem Reichstagsbeschluss vom 19. Juli?“

Die freikonservative „Post“ überschreibt ihre Besprechung der Reichstagsverhandlung „Politik der Schmähungen“ und sagt am Schluß: Es war für das deutsche Reichsparlament ein trauriger und beschämender Tag, dem man so scharfe Nachrede halten muß. Doch bleibt die begütigende Aussicht, daß der gerechten Sache, wenn sie schon durch solche Klagen von Mißgunst wandeln muß, gleichwohl kein innerer Schaden geschehen kann. Die Deutsche Vaterlandspartei wird unbeirrt ihrem Wege treu bleiben: die einsichtigen Kräfte Deutschlands zu sammeln und zu härten dem Ziele eines glücklichen Friedens zu. — In gleichem Sinne äußern sich die alldeutschen „Berliner Neuesten Nachrichten“.

Die „Kreuzzeitung“ ist der Ansicht, daß, „wenn nicht alle Zeichen trügen, die Sozialdemokratie mit ihrem Versuch, die Regierung gegen die Vaterlandspartei scharf zu machen, das Gegenteil von ihrer Absicht erreichen wird.“

Die „Germania“ sagt: So ist die heutige Interpellationsdebatte ungewollt Anlaß zur Schaffung neuer Mißstimmung geworden. Es erscheint uns wünschenswert, daß der Kanzler selbst nun die Sache der Regierung doch noch in die Hand nimmt und die Atmosphäre der Beruhigung schafft, die uns so notwendig ist.

Die innerpolitische Krise

bekämpfte gestern den Hauptausfluß des Reichstages. Ohne auf Einzelheiten einzugehen, sei nur kurz gesagt, daß die sogenannte Lösung dieser Krise wohl niemanden befriedigen kann, der ernstlich die Weiterentwicklung Deutschlands auf freier Basis und einen baldigen Frieden der Verständigung erstrebt. Die bürgerlichen Mehrheitsparteien bauten dem Kanzler eine goldene Brücke, die er natürlich gerne beschritt. Die so notwendige Klarheit ist durch die Erklärungen des Reichskanzlers nicht geschaffen worden; wir tappen nach wie vor in der Frage der Stellung der Regierung zu den Alldeutschen im Dunkeln. Wir aber brauchen im Interesse unseres Volkes Klarheit, volle Klarheit. Daß die nicht durch Versprechungen geschaffen werden kann, liegt auf der Hand. Und nur Versprechungen waren es, die man gestern im Hauptausfluß hörte. So ist die ganze Sache ausgelassen wie das Hornberger Schießen. Wir lassen nun nachstehend den Bericht folgen.

Der Hauptausfluß trat Montag nachmittags zusammen. Der Reichskanzler war anwesend und nahm sogleich das Wort zu folgenden Ausführungen:

Es ist Klage darüber erhoben worden, daß von Seiten der Beamten in unzulässiger Weise Propaganda zugunsten der Vaterlandspartei betrieben sei. Ich möchte über die Stellung der mir nachgeordneten Reichsbeamten folgendes Grundfällige bemerken, wobei ich hinzufügen, daß für die preussischen Beamten dies

Ihr Frieden und Freiheit

wird am
Mittwoch, dem 10. Oktober,
abends 8 Uhr, in einer

großen Volksversammlung

in der Stadthalle

Reichstagsabgeordneter

D. Stücklen

einen Vortrag halten.

Die Bevölkerung Lübecks, insbesondere die Arbeitererschaft und alle, die zu der Friedenskundgebung der Reichstagsmehrheit stehen, werden ersucht, daran teilzunehmen.

Agitiert für Massenbesuch!

Ausführungen des Herrn Kriegsministers nur wenig hinzuzusetzen.“ So schuf sich Herr Helfferich gleich die richtige „Stimmung“, und in diesem Sinne folgte dann Schläger auf Schläger. Nachdem er unter wachsender Unruhe gesprochen hatte, fand er den fernhaftesten Satz: „Ich glaube, das, was ich gesagt habe, kann Sie beruhigen.“ Dies war aber ersichtlich nicht der Fall und nach diesem Satze naturgemäß weniger als zuvor. Und so schloß Herr Helfferich, schwer getränkt, mit diesen schicksalsschweren Worten:

„Wenn Sie zu den Männern, die an der Spitze der Herrensverwaltung und der Reichsleitung stehen, allerdings nicht Vertrauen haben (Lebhafte Zurufe links: Nein! Nein, das haben wir nicht!), so hat es keinen Zweck, daß ich hier noch ein Wort sage.“

Reißt Herr Helfferich eigentlich, was er gesagt hat? Wer hat da eigentlich gesprochen? Ein Minister, der im Begriffe steht, seine Demission einzureichen, oder nur ein Kind, das seine Puppe nimmt und geht?

Es folgen die Redner aus dem Hause. Trimborn und Haas von der Mehrheit, Westarp und v. Graefe von der Minderheit, der nationalliberale Thoma vermittelnd, sachlich aber eigentlich der Mehrheit zustimmend. Denn nicht um Kriegsziele handelt es sich, sondern um das Recht oder Unrecht behördlicher Agitation, und da will auch der Nationalliberale seinen Liberalismus nicht verleugnen. Ein böser Tag für die Regierung, ein böser Tag!

Mitten in die Debatte fällt zur Vermehrung des Unheils ein Antrag der Unabhängigen, in einer Erklärung festzustellen, daß die Beantwortung der Interpellation der Auffassung des Reichstages nicht entspricht.

Das tut sie auch wahrhaftig nicht! Was sind aber die Konsequenzen dieses Antrages? Wird er angenommen; dann müssen Michaelis und die Seinen ihre Köpfe packen oder der Reichstag muß sie dazu zwingen. Tut er es nicht, so ist er bis über die Ohren blamiert. Ein verdammtes kömischer Fall, eine verflucht ernste Situation! Herr Mi-

selben Grundzüge gelten. Für alle Beamten gilt politische Gesinnungsfreiheit. Jeder Beamte kann jeder Partei angehören, sofern sie nicht den Bestand des Reiches oder des Staates gefährdende Ziele verfolgt. Was nach außen hin in der Erscheinung tretende politische Betätigung anbelangt, haben sich die Beamten selbstverständlich Zurückhaltung aufzuerlegen, damit nicht beim Publikum das Vertrauen in ihre Unparteilichkeit erschüttert wird. Ein Mitglied der Dienstgewalt nach der Richtung hin, daß ein Vorgesetzter die ihm nachgeordneten Stellen zwingt oder veranlaßt, zugunsten einer bestimmten Partei Stellung zu nehmen, ist selbstverständlich durchaus unzulässig, und ich wünsche nicht, daß nach irgendeiner Richtung hin gegen die nachgeordneten Stellen ein politischer Druck ausgeübt wird. Viele Grundzüge gelten für alle politischen Parteien und Richtungen in gleicher Weise. Sie gelten auch gegenüber der Vaterlandspartei. Sollte von diesen Grundzügen abgewichen werden, so kann ich nur anheimstellen, daß der Fall zur Kenntnis der zuständigen Zentralbehörde gebracht wird, die den Sachverhalt prüfen und gegebenenfalls entsprechend eingreifen wird, und ich bin willens, die Innehaltung dieser Grundzüge zu überwachen.

Auch im Heere ist jede politische Agitation ausgeschlossen. In dem mir durch den Herrn Kriegsminister zur Verfügung gestellten Leitfaden über den vaterländischen Unterricht, über die wohl des näheren noch gesprochen werden wird, ist die Politik ausgeschlossen.

Meine Herren, ich bin mit den bundesstaatlichen Regierungen befreundet, sämtlichen politischen Meinungen und Strömungen in voller Objektivität gegenüberzutreten und jeder politischen Meinung volle Gerechtigkeit zuteil werden zu lassen. Ich tue das, weil ich überzeugt bin, daß jede Richtung das Beste zum Wohle des Ganzen will. Dieses gegenseitige Vertrauen zum besten Willen ist in den Kämpfen der Meinungen, namentlich auch in den letzten Wochen in bedauerlicher Weise in den Hintergrund getreten und hat eine Form der gegenseitigen Agitation gezeitigt, die ich aufs tiefste bedauere. Jeder im deutschen Volke hat bereits willig und freudig die Opfer an Gut und wagem Leben gebracht die von ihm verlangt wurden, und ich glaube, daß auch hier in diesem Kreise kaum einer ist, der nicht in dem Bewusstsein an das, was er darangegeben hat, den harterquellenden Schmerz herunterzuschlucken muß mit einem mutigen: Demos. Aus solchen opferbereiten Männern setzen sich auch die Gegner zusammen, und wenn das im Auge behalten wird, dann ist eine Agitation, wie sie jetzt in die Erscheinung getreten ist, im Grunde ausgeschlossen. Möchten doch die Vertreter der auseinanderstrebenden Meinungen sich das vor Augen halten, daß in der Tat nicht die Betonung der Gegensätze in den Wegen und in den Mitteln das Entscheidende ist, sondern das Einheitsliche und Gemeinsame in den Zielen. Wenn wir das vor Augen haben, wenn uns klar vor Augen steht, daß wir alle an dem gleichen Stränge ziehen müssen und wollen, dann wird es dahin kommen, daß in der Tat derartige Zusammenstöße, wie sie letzten gewesen sind, aus unserem Volksleben ausschließen. Und das ist jetzt, wie es immer gewesen ist und jetzt am dringendsten im Hinblick auf die schwere Zeit, in der wir stehen, unsere Pflicht.

Lebedour (USD.): Ich über diese Ausführungen erstaunt. Die Regierung solle sich über die vorgelegenen Beschwerden aussprechen. Die allgemeinen Grundzüge der Unparteilichkeit sind nichts Neues. Die Ermahnungen, die Parteikämpfe zu dämpfen, sind gut gemeint, aber diese Parteikämpfe lassen sich dadurch nicht beseitigen. Wir verlangen Auskunft, was der Kanzler zu tun gedenkt gegen die Beeinträchtigung der politischen Meinung zugunsten einer Partei. Ist er einverstanden mit den Ausführungen seines Vertreters vom Sonnabend? Das Mißtrauensvotum ist in der geschäftsordnungsmäßigen Form beantragt, denn der Kanzler allein ist verantwortlich.

Graf Westarp (K.) fragt zur Geschäftsordnung, was denn eigentlich zur Diskussion stehe, der Nachtragsetat oder etwas anderes.

Erzberger (Z.): Die Frage, woher die Gelder für die Aufklärungsarbeiten kommen, hängt mit dem Nachtragsetat zusammen.

Dr. v. Payer (Zp.): Wir müssen unsere Stellung zum Nachtragsetat abhängig machen von den Aufklärungen, die wir hier erhalten. Uebrigens kann uns nicht verwehrt werden, auf die Rede des Reichskanzlers einzugehen.

In der darauf fortgeführten sachlichen Debatte befaßt sich Chert (SD.), daß der Reichskanzler nicht zu den Beschwerden Stellung genommen habe, zumal schon vor vierzehn Tagen dem Reichskanzler Beweismaterial unterbreitet ist und er damals Stellung zugelegt hat. Der Redner macht Mitteilung aus den Richtlinien für die Aufklärungsarbeit und fragt, welche Leitfäden die Oberste Heeresleitung herausgegeben habe. Am 13. August habe eine Konferenz im Kriegsministerium stattgefunden, wo allerlei Verfügungen des Vereins- und Versammlungstreits zur Sprache kamen. Der Redner bittet um Auskunft über eine Reihe von Vorwurfsparagrafen und fragt, wie die Agitation im Heere finanziert werde, die einen ungeheuren Umfang angenommen habe, insbesondere ob dafür private oder öffentliche Mittel verwendet würden.

Vorsitzender Lehrenbach (Z.) erklärt: Wir wollen in aller Ruhe und Sachlichkeit verhandeln. Deshalb sind Kundgebungen von Nichtmitgliedern des Ausschusses zu unterlassen. (Die dem Ausschuss nicht angehörenden Reichstagsmitglieder wohnen der Verhandlung in so großer Zahl bei, daß der Saal fast überfüllt ist.)

Gotthein (Zp.): Der Beweis für die Agitation gegen den Reichstag unter der Beamtenschaft und dem Heere ist durch ausreichendes Material erbracht. Die vom Reichskanzler vorgelegenen Grundzüge sind richtig. Ein Sismarck-Erlaß hat die politischen Beamten verpflichtet wolle, die Politik der Regierung zu vertreten. Jetzt richtet sich die Agitation nicht nur gegen den Reichstag, sondern auch gegen die Politik der Regierung. Der Redner stellt die Agitation den laienhaften Erklärungen der Herren v. Stein und Dr. Helfferich gegenüber und sagt: Die Ermahnungen des Reichskanzlers nützen nichts, die Einheitslichkeit der Regierung muß öffentlich dokumentiert werden. Woher soll sonst das Vertrauen zur Reichsleitung kommen. Wir müssen Klarheit schaffen, daß es nur eine Politik im Reiche gibt.

Stresemann (K.): Gerade diejenigen, denen jeder Konfliktgedanke fern lag, waren enttäuscht über Form und Art der Regierungserklärung vom Sonnabend, mehr als vom Inhalt. Es lag kein Grund vor, anders als sachlich zu wahren. Durch die Art der Annahmen wurde die gerechte Stimmung hervorgerufen. Man mag zur Friedensresolution des Reichstages stehen, wie man will, das Heer muß freigehalten werden von jeder Parteilichkeit. Wir verlangen nicht zu glauben, daß es geschieht. Es finden sich Agitationen entgegengelegter Art im Heere statt, denen entgegenzutreten werden muß.

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Kuhlmann erklärt, daß das Auswärtige Amt natürlich keine Zusammenhänge habe mit der Schmachttat, die im Reichstag verurteilt wurde. (Es handelt sich um eine Broschüre mit den Abbildungen von Iwan Dymov der Russen in Dnipropetrowsk; unter den Abbildungen steht „Herr Scheidemann gewidmet“, „Herr Erzberger gewidmet“ usw.)

Vorsitzender Kriegsminister v. Stein: Die Konferenz im Kriegsministerium war nicht eine solche der feindseligen Generalkommandos, sondern der Arbeitsämter. Der Grund zu dieser Behauptung richte sich nur gegen einzelne Einzelheiten, sonst handelte es sich um Beschwerden zur Erhaltung des sozialen Friedens.

Ein Vertreter des Kriegsministeriums bringt die Richtlinien der Obersten Heeresleitung vom 21. Juli 1917 zur Sprache und sagt: Die Leitfäden sind verteilt bis hinunter zu den Divisionen. Trotz der geschätzten Ermahnungen ist im September eine neue Erörterung erschienen worden.

Kriegsminister v. Stein erklärt auch des übrigen vaterländischen Darlegungen seines Kommissars: Was wir wollen, ist de-

nach klar. In der Praxis entwickelt sich manches anders, als es gedacht ist. Deshalb wird alles kontrolliert, und die Richtlinien werden vervollkommen. Unser Bestreben ist es, Auswüchse in der Aufklärungsarbeit zu beseitigen. Der Kriegsminister hat Auskunft über Entgleisungen verlangt. Das Material ist noch nicht vollständig eingegangen.

Ein Vertreter des Kriegsministeriums teilt mit, daß Privatmittel bei den Veranstaltungen nicht in Frage kommen. Dr. David (SD.): Praktisch ist die Absicht nicht erreicht. Sondern die Politik ist ins Heer hineingetragen worden. Man sollte sich prüfen, ob man auf dem rechten Wege ist. Normalerweise muß diese Aufklärungsarbeit ins Politische hineinführen, z. B. bei der Erörterung der Friedensziele. Man nimmt Schlagwörter (Fauler Friede usw.) des alldeutschen Jargonis auf, die nur im Sinne bestimmter politischer Auffassung gebracht werden können. Richtig ist, daß unsere Soldaten kämpfen müssen, solange es nötig ist, aber man muß bedenken, daß im Heere Männer mit festen politischen Anschauungen stehen und zum Teil mehr von diesen vernehmen als die aufklärenden Offiziere. Die Politik kennt kein Vorgesetztenverhältnis. Soll wirklich politisch aufgeführt werden, so soll man nicht die Absicht allein heranziehen, sondern alle Parteien ohne Unterschied. Für die Verteidigung stehen alle zusammen. Das Vaterland zur Parteilichkeit zu machen, ist unerhört, da darf man sich nicht wundern, wenn wir uns wehren. Wie die Aufklärungsarbeit jetzt betrieben wird, kann sie nicht bleiben. Innerhalb des Landes besteht ein dichtes Netz der Aufklärungsorganisation, geleitet von den Generalkommandos. Um den Frieden zu erreichen, müssen wir neben den militärischen auch politische Mittel einlegen. Die Methode der Vaterlandspartei führt tödlicher zur Verlängerung des Krieges. Und diese Vaterlandspartei wird mit allen Mitteln gefördert, eine Gegenagitation wird verhindert. Der Reichstag muß Garantien erhalten, daß keine Unterstützung der Vaterlandspartei aus öffentlichen Mitteln jeder Art erfolgt.

Mertin (D. Z.): Die Leitfäden der Obersten Heeresleitung bieten eine Grundlage zur Wiederherstellung der Einigkeit. Sie sind klar und einwandfrei.

Graf Westarp: Eine Politisierung des Heeres wünschen wir nicht. Was ist hier unter Politik zu verstehen? In erster Linie Parteipolitik. Ueber die Frage der ausmürrigen Politik müssen die Zeitgenossen aufgeklärt werden. Die Leitfäden sind nach Form und Inhalt ausgezeichnet. Einzelne Mißgriffe in deren Ausführung werden zweifellos vorkommen. Selbstverständlich ist Rücksicht darauf zu nehmen, daß man es mit reifen Männern zu tun hat. Bei Lokalkrieglichkeiten greifen die Generalkommandos im Interesse der Kriegführung meistens zugunsten der Arbeitseimer ein. Die Empfindlichkeit der Sozialdemokratie gegen einzelne Ausdrücke ist nicht zu verstehen. Dem tadelnden Urteil über das Auftreten der Regierungsvertreter am Sonnabend können wir nicht beitreten.

Erzberger (Z.): Wir sind alle derselben Auffassung über die Vorurteile am Sonnabend, die schweren Schäden im Auslande anrichten werden. Die Regierungsvertreter traten nicht glücklich auf. Die Redner aus dem Reichstag waren ruhig und sachlich und boten eine Basis zur Einigkeit. Heute ist die Debatte wesentlich sachlicher und morgen wird der Rest von Mißstimmung ganz beseitigt sein. Die Grundzüge der Reichsregierung über die politische Betätigung der Beamten sind richtig, müssen aber klar und eindeutig lauten. Die Veröffentlichungen in der Schandkammer sind Privatpersonen nicht zugänglich, daher müssen sie sachlich untersucht werden. Bei der Aufklärung sind öffentliche Mittel benutzt worden, daher können wir die Verantwortung der Reichsleitung dafür verlangen. Gegen die Aufklärung im Heere an sich haben wir nichts. Auch die Leitfäden sind zu billigen. Aber zur Kontrolle muß uns alles Material vorgelegt werden, das hinausgeht, und dann muß in den Leitfäden jede Polemik gegen unsere Antwort auf die Resolutionsausdrücke verboten werden. Das ist die erste Garantie, daß Uneinigkeit vom Heere ferngehalten wird. Entgleisungen werden noch genug vorkommen. Der Redner fragt, ob besondere Grundzüge für den Aufklärungsdienst in der Heimat bestehen, wo sich beabsichtigte Erklärungen zeigen. Die amtliche Politik des Reichskanzlers dürfe unter keinen Umständen als zweideutig erscheinen.

Staatssekretär Dr. Helfferich stellt fest, daß er im Museum am 6. Oktober seine sachlichen Ausführungen beendet hatte, als er die Rednertribüne verließ. Daß also die Auffassung, er habe seine Rede abgebrochen, auf einem Mißverständnis beruhe. Gegen das, was er sachlich vorgebracht habe, sei auch von den Vorrednern eine Einwendung nicht gemacht worden. Ein verlegenes Wort werde niemand in seiner Rede aufzufinden vermögen. Wenn man seinen „Ton“ bemängelt, dann möge man sich vergewissern, daß er, noch ehe er überhaupt ein Wort gesprochen, mit nicht gerade freundlichen Juristen begrüßt sei und im weiteren Verlauf kaum einen Satz ohne Zwischenrufe und Unterbrechungen habe beenden können.

Dove (Zp.): Nachdem die Friedensresolution des Reichstages von der Reichsleitung akzeptiert ist, darf nicht in der bisherigen Weise gegen sie agitiert werden. Die Richtlinien sind unangreifbar, aber die Praxis zeigt doch ein anderes Bild. Die Antwort des Kriegsministers war nicht die richtige Art. Dadurch wurde die Stimmung des Reichstages verdorben. Herr Helfferich hat kein verlegendes Wort gebraucht, aber der Eindruck war unangenehm.

Landsberg (SD.): Der Kriegsminister sprach am Sonnabend mit unvermeidbarer Geringschätzung von dem vorgelegenen Material, und auch die Eingangsworte des Staatssekretärs Dr. Helfferich erweckten den Eindruck der Provokation. Empfindlich ist die Mehrheit keineswegs. Im Heere wird systematisch gegen die Politik des Reichstages und der Reichsleitung agitiert. Wenn wir das richtig, ist es keine Empfindlichkeit. Die Leitfäden sind eine Verteilung von Broschüren an die Mannschaften aus, und doch geschieht dies in ungeheurer Umfang. Der Redner fragt, ob nicht andere Leitfäden bei einzelnen Divisionen bestehen und sich aus solchen anderen Leitfäden einzelne Sätze vor. An den verschiedenen Stellen sei zum Anhalt an die Vaterlandspartei aufgeführt worden. Der Agitation der Vaterlandspartei sollten keine Hindernisse bereitet werden, aber dann muß auch eine Gegenagitation gestattet sein.

Darauf nimmt Reichskanzler Dr. Michaelis abermals das Wort. Er teilt zur Ergänzung der Erklärungen des Staatssekretärs Dr. Helfferich in der Plenarsitzung vom Sonnabend mit, daß die Reichszentralbehörde von der ihr nachgeordneten Stellen Berichte über eine etwaige Beeinträchtigung Untergebenen durch dienstliche Vorgänge im Interesse der Vaterlandspartei eingeholt habe. Das Material, das bisher vorkam, sei äußerst spärlich, es beschränkte sich auf fünf einzelne Fälle von untergeordneter Bedeutung, die durch die Reichsleitung zur Kenntnis der Reichsleitung gekommen seien. Selbstverständlich werde in allen diesen Fällen das Erforderliche veranlaßt werden. Auch der preussische Minister des Innern habe einen Erlaß an die nachgeordneten Stellen herausgegeben, daß jeder Mißbrauch der Dienststellen zur Ausübung eines Druckes auf Untergebene unzulässig sei und nicht geduldet werde. Der Reichskanzler geht dann auf die Leitfäden der Heeresverwaltung über und vaterländischen Unterricht ein, die ihn, als sie zu seiner Kenntnis gekommen sind, durchaus befriedigt hätten. Die Aufklärung sei ohne Zweifel möglich, namentlich bei der abgelaufenen Beschäftigungslosigkeit im Stellungskriege. Sie müsse zeitig ansetzen, die Stimmung heben, die Leute wieder zur Fröhlichkeit und zum Lachen bringen und sie über vaterländische Wirklichkeit aufklären. Daß die Oberste Heeresleitung die Polemik und den politischen Streit vom Heere fernhalten wolle, sei selbstverständlich und in den Leitfäden ausdrücklich hervorgehoben. Naturngemäß sei bei einem so reichen Apparat und so zahlreichen Ausführungsorganen die Gefahr immer zu sehen und Fehler und Entgleisungen im einzelnen nicht zu vermeiden. Um dieser Fehler und Entgleisungen willen, die schnell und energigert werden sollen, könne man aber nicht die ganze Organisation auseinanderlassen lassen und die Aufklärungsarbeit einstellen, die, wie gesagt, erforderlich sei. Der Reichskanzler erwähnte dann die günstige Wirkung der Front-

reisen der Abgeordneten, deren Teilnehmer sämtlich die Ueberzeugung mitgebracht hätten, daß solche Reisen zum Verständnis der besonderen Probleme und der eigenartigen Verhältnisse im Heere und an der Front sehr wesentlich beitragen. Wenn die Zahl von Hunderttausenden im militärischen Aufklärungsdienst tätigen Personen genannt worden sei, so könne natürlich keine Rede davon sein. Wieweil Personen gelegentlich und nebensächlich mit der Aufklärungsarbeit zu tun hätten, könne der Kriegsminister nicht genau angeben. Wenn man allgemein die Politik aus der Aufklärung des Heeres fernhalte, so verziehe es sich von selbst, daß auch eine Kritik unserer Antrostate an den Papst innerhalb des Aufklärungsunterrichts unzulässig sei. Wenn hingegen heute noch vereinzelt verpöblich würde, so werden ausdrückliche Feststellungen in der nächsten Ergänzung der Leitfäden genügen, um dies einzustellen. Der Reichskanzler betont zum Schluß noch einmal, daß es sein Wille sei, allen Richtungen und Strömungen des politischen Lebens mit unbedingter Objektivität gegenüber zu stehen und allen volle Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Kriegsminister v. Stein: Ich bin immer offen, vielleicht zu viel, aber ohne Hinterhalt. Andere Leitfäden als die vorgelegenen bestehen nicht. Wenn an einzelnen Stellen weitere Leitfäden ausgearbeitet sind, so fordern wir sie ein, um Unpassendes auszuschließen. Viel von dem vorgelegenen Beschwerdematerial liegt noch nicht vor. Den einzelnen Fällen werden wir nachgehen. Die Erörterung der Kriegsziele bei der Aufklärung ist und bleibt ausgeschlossen.

Lebedour (Unabh. Soz.): Es wird der Regierung leicht gemacht, sich aus der Affäre zu ziehen. Was hier vorgebracht wurde, ist nicht das Entscheidende. Die Leitfäden sind im allgemeinen ganz nett, aber sie bieten gegen Mißbrauch keine Gewähr. Auch die Zustimmung der Regierungen werden nichts nützen. Vorgesetzte taugen überhaupt nicht zur Aufklärung. Selbst wenn die Polemik gegen die Antwort auf die Resolutionsnote und gegen die Friedensresolution ausdrücklich verboten wird, wird ein geschickter Instrukteur doch in demselben Geiste weiterarbeiten wie bisher.

Giesberts (Z.): Zu der Aufklärungsarbeit werden Mitglieder aus anderen Parteien herangezogen. Gewisse Auslassungen in Aufklärungsveranstaltungen sind zweifellos ungehörig. Aber die ganze Arbeit verdient Billigung.

Ditt (K.): Warum hat uns die Regierung die heutige Auskunft nicht bereits am Sonnabend gegeben? Dann wäre manches Unliebame vermieden worden. Die Regierung hat wieder einmal verlagert. Die Leitfäden sind im allgemeinen richtig. Was sie aussprechen, ist das, was alle Parteien als vaterländisch anerkennen. Die Aufklärenden, meist Reserveoffiziere, sind politisch nicht orientiert, daher die Mißgriffe.

Kreth (K.) polemisiert gegen den Abg. Erzberger und führt aus: Wir wünschen Verständigung, aber nicht auf Kosten der Regierung und der Verfassung und nicht hinten herum. Die Krisenstimmung kam daher, daß die Antwort nicht den Wünschen der Linken entsprach. An dem Namen Vaterlandspartei kann man sich doch nicht stoßen. Ueber die Notwendigkeit und Nützlichkeit der Aufklärungsarbeit besteht kein ernstlicher Streit. Es ist eine Legende, daß die Konservativen Herrn v. Bethmann besichtigt hätten.

Stresemann (K.): Wenn der Kriegsminister am Sonnabend nicht den rechten Ton traf, so wäre das vom Staatssekretär Helfferich zu erwarten gewesen. Aber vielleicht kommt es bei diesen Leuten vor, daß das, was sie sagen, anders klingt, als was sie meinen.

Dr. David (SD.): Die Leitfäden sind vielleicht im luftleeren Raum harmlos, aber nicht in der konkreten Wirklichkeit. Es ist zu bedauern, daß der Reichskanzler von ihnen befreit ist. Der Kriegsminister versteht unter Politik etwas anderes, als man es gewöhnlich tut. Die Lehmannsche Kriegsjahreschrift wurde im Juni bis in die untersten Stellen verbreitet, andere Schriften unterdrückt oder verboten. Das Entscheidende ist die Auswahl der Aufklärungsleitfäden. Man lasse Zeitungen aller Richtungen an die Front, dann braucht man keine weitere Aufklärung. Was soll denn die Aufklärung in der Heimat? Da gibt es doch gerade genug, sich zu unterrichten. Die Verwendung öffentlicher Mittel hierfür ist nicht zu billigen. Auch auf die Schulbehörden muß geachtet werden. Da kommen auch tolle Sachen vor.

Walstein (Zp.): Die Leitfäden enthalten einen gefährlichen Punkt: Die Gespräche über Politik zwischen Vorgesetzten und Untergebenen. Ausgeschlossen muß generell sein die Kritik der Maßnahmen aller staatlichen Einrichtungen. Der Redner kommt auf den bereits bekannten Altonaer Fall zu sprechen und darauf, daß in dem „Schillingengrabenbuch“ des Majors v. Olberg vom Kriegsvorstand gleichfalls die falsche Behauptung steht, der Reichstag habe die deutschen Kriegskrisenungen geschädigt. Die Aufklärungsarbeit in der Heimat sollte man dem Generalkommando entziehen.

General Marquardt: Den Vortrag in Altona hat nicht der Aufklärungsausschuß veranlaßt, sondern die Stadt. Der beantragte Satz in der Schrift von Olberg läßt sich natürlich nicht vertreten. Außerdem wendet er sich ebenso gegen die Regierung wie gegen den Reichstag, der ja nicht genannt worden ist.

Chert (SD.): Die allgemeinen Erklärungen über den Altonaer Fall sind ganz ungenügend. Danach muß man auch den Zusagen für die Zukunft mißtrauen. Die Heimat-Aufklärungsarbeit muß aufhören. Ebenso das Einschreiten der Zensur bei Veröffentlichungen für den Verständigungsfrieden, desgleichen die Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts und endlich das Verbot politischer Agitation an der Front.

Darauf gibt Reichskanzler Michaelis folgende Erklärung ab: Daß im Heere keine politische Agitation, auch nicht durch diese Aufklärung getrieben werden soll, das habe ich im Verein mit dem Herrn Kriegsminister ausgesprochen.

Daß Versammlungen nicht verboten werden sollen aus dem Grunde, weil sie sich mit der Begründung und Vertiefung der Reichstagsresolution beschäftigen, das habe ich treffen wollen durch die Worte: Ich werde allen Richtungen und Strömungen mit voller Objektivität gegenüberstehen.

Was die heimatische Aufklärung betrifft, auf die nun mit einmal verzichtet werden soll, so bin ich nicht in der Lage, hierüber eine Erklärung abzugeben. Das ist eine Sache, die derartig in die militärische Grundgewalt eingreift, daß ich mich selbstverständlich vorer, ehe ich eine derartige Erklärung abgebe, mit der Obersten Heeresleitung in Verbindung setzen muß.

Ueber die Zensurfrage wird ja noch an anderer Stelle gesprochen werden, so daß die Sache im Zusammenhang mit den übrigen Erklärungen, die auf dem Gebiet der Zensur abgegeben werden müssen, erledigt werden kann.

Lebedour (Unabh. Soz.): Mit dieser Erklärung ist gegenüber den zahllosen Beschwerden nichts geholfen.

Chert bemerkt dem Abg. Lebedour gegenüber: Der Regierung Vertrauen auszusprechen, habe ich nicht beabsichtigt.

Nach Ablehnung der Resolution Lebedour werden Nachtragsetat und Beibehaltungsgesetz unverändert wie in der zweiten Lesung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten beider Fraktionen angenommen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Auch ein Erfolg der „Vaterlandspartei“.

Die Redaktion des „Vorwärts“ erhielt folgende Zuschrift: Um der „Vaterlandspartei“ ein zahlenmäßiges Gegengewicht zu geben, halten wir es für zweckmäßig, durch Anschluß an die sozialdemokratische Partei deren Mitgliederbestand durch Beitritt zu stärken.

(Folgen zahlreiche Unterschriften.)

Wir empfehlen dieses Vorgehen zur allgemeinen Nachahmung. Ueber der Vaterlandspartei und ihrer henschlerischen

das politische Leben Deutschlands vergiftenden Agitation entgegenwirken und für sozialdemokratische Ziele eintreten will, werde Mitglied der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Kurze Reichstagsitzung. — Selbsterkritik.

Die Reichstagsitzung am Montag war nur von ganz kurzer Dauer. Bereits am Sonntag hatte sich die Reichstagsmehrheit dahin verständigt, den auf der Tagesordnung der Montagssitzung stehenden Nachtragsetz, der das Gehalt für den Vizekanzler enthält, nochmals im Ausschuss zu beraten. Man will sich endlich mit der Frage beschäftigen, ob Dr. Helfferich, der am Sonnabend selbst das Fehlen des Vertrauens der Mehrheit zu seiner Person konstatierte, unbedingt Vizekanzler werden muß. Außerdem aber will die Reichstagsmehrheit, bevor sie der Regierung neue drei Milliarden Schatzanweisungen bewilligt, sich erst vergewissern, daß nicht Reichsmittel zur Förderung einer Propaganda im Heere und in der Heimat verwendet werden, die zu dem Friedensprogramm der Reichstagsmehrheit, dem sich ja auch die Reichsregierung angeschlossen hat, im schroffsten Gegensatz steht.

In der Plenarsitzung am Montag protestierten die Redner der Konservativen und der Deutschen Fraktion zwar gegen die Rückverweisung der beiden Vorlagen an den Hauptausschuß, aber die Mehrheit hielt an ihrer Absicht fest, und so vertagte sich das Haus alsbald auf Dienstag, 10 Uhr vormittags, um dann zunächst die Debatte vom Sonnabend fortzusetzen und darauf über die auswärtige Politik zu verhandeln.

Schweden.

Zur Kabinettskrise. In einer Unterredung mit dem König gaben die Parteirepäsentanten die Antwort ihrer Parteien ab. Alle Parteien sprachen sich für eine selbständige, durchaus unparteiliche Neutralitätspolitik aus. Ferner entwickelten die Vertreter ihr Programm.

Die Rede Czernins.

Unser Stockholmer Mitarbeiter schreibt uns: Die Rede des ungarischen Ministerpräsidenten Czernin machte im Konferenzkomitee den allerbesten Eindruck. Troostwa bezeichnete sie mir als die beste Ministerrede, die während des Krieges gehalten wurde, wenigstens auch sie konkrete Einzelheiten über die territorialen Streitfragen vermischen lasse und Beschuldigungen ermögliche, wie die, daß die Rede bloßes Manöver sei. Jedenfalls zeige Czernin Verständnis für den historischen Augenblick. Seine Auffassung einer auf Schiedsgericht und Abrüstung begründeten Neuordnung stimmt mit den sozialistischen Auffassungen überein, und sein Bekenntnis zum Verständigungsfrieden entspreche der Tatsache, daß einerseits die Zentralmächte im vierten Kriegsjahr unbesiegbar erschienen und andererseits keine Aussicht haben, den Frieden auf der Grundlage der Kriegstarife ihren Gegnern aufzuzwingen. — Hussmans lobte Czernins Rede vorbehaltlos wie folgt: Sie könnte ebenso gut von einem sozialistischen Delegierten zur Stockholmer Konferenz gehalten sein. Czernin will obligatorisches Schiedsgericht, Abrüstung, weber Anzonen nach Kontributionen. Man findet in der Rede alle Grundgedanke derjenigen, die an einem Verständigungsfrieden arbeiten, der zugleich gegen die Wiederkehr des Unheils von 1914 schützen würde. Diese Rede scheint mir eine Antwort an Michaelis. Ich sehe auch nicht, was die Russen daran aussetzen könnten; vielleicht wäre es wünschenswert, daß die Ungarn Czernin erlaubt hätten, ein Wort über die Südslawen zu sagen, welche die Autonomie und die Vereinigung innerhalb der Monarchie anstreben. Ich glaube, daß auch die Bulgaren nicht anders denken als die Desterreicher. Will Deutschland allein bleiben mit Hindenburg? Das ist sicher etwas, aber wohl nicht alles. — Das Zimmerwaldblatt „Politiken“ rühmt in einem Leitartikel die Klarheit und die Schärfe, womit Czernin die Abrüstungsfrage darlegte. Seine Rede bedeutet einen großen Fortschritt gegenüber den bisherigen vagen Erklärungen. Besonders wertvoll sind Czernins positive Formulierungen der allgemeinen Grundlagen eines wahrhaften Friedens. Die Rede ist ein guter Griff, welcher bestimmte Erklärungen von der Entente über Abrüstung und Strafanzonen erzwingen wird. Zweifellos wird die Rede in der europäischen Demokratie einer ganz anderen Stimmung begegnen, als die vorangegangenen Ausführungen leitender Minister auszulösen pflegen.

Wer bezahlt?

Den Reichstagsabgeordneten ist eine alldeutsche Flugchrift eingehändigt worden, die aber auch sonst im Volke verbreitet zu werden scheint. Sie ist, wie der „Vorwärts“ mitteilt, angefüllt mit Schreckensbildern von den Russengraueln in Ostpreußen, man sieht bildlich dargestellt Ermordete mit zerlöcherter Stirn, ausgehöhlten Augen, abgehakten Händen uim. Wir haben es seit jeher als ein zweifelhafte Mittel angesehen, durch solche Illustrationen Haß gegen die Feinde zu erwecken, weil die gerechte Empörung über die Taten leicht in einen verallgemeinernden Völkerraß schlimmster Art umschlagen kann. Aber in diesem Falle haben die Alldeutschen diese Abbildungen nicht einmal gegen die Feinde Deutschlands gebraucht, sondern dieses Mittel ist ihnen recht, um Haß gegen die eigenen Volksgenossen zu säen! Die Abbildungen der von den Russen Ermordeten sollen zur Hege gegen die Anhänger des Verständigungsfriedens dienen!

Jede einzelne Illustration trägt eine Unterschrift wie: Herr Scheidemann, M. d. R., gewidmet, Herr Erzberger, M. d. R., gewidmet, Herr Dittmann, M. d. R., gewidmet uif. Die ganze Broschüre nennt sich: „Den Herren Reichstagsabgeordneten, die einen deutschen Grenzschuß ablehnen, ins Stammbuch.“

Diese alldeutsche Heilmethode richtet sich von selber. Denn der einseitige Leser wird sich selber sagen, daß die Ueberschrift viel passender lauten müßte: „Den Herren Reichstagsabgeordneten, die durch einen Gewaltfrieden neue Revanchekriege heraufbeschwören wollen, ins Stammbuch.“

Für die Struppelhaftigkeit, mit der die Schrift hegt, ein Beispiel: In der ersten Illustration gebärdet sie sich phyllosofisch: da wird das Bild eines von den Russen ermordeten Juden dargestellt, um an das jüdische Solidaritätsgefühl des Abg. Cohn zu appellieren. Auf der letzten Seite aber läßt der Verfasser die Maske fallen. Da lautet es:

Und im sicherheitsgewiegten Lande dürfen, seit Jahr und Tag, zum Schaden und zur Schande Deutschlands — ungestraft — dunkelhaarige und feindselige, in Deutschland geborene Ausländer ihr Unwesen treiben (das bezieht sich wahrscheinlich auf die hunderttausend jüdischen Mitbürger, die im deutschen Heere ihre Pflicht erfüllen. Red.) daß eine, vom deutschen Standpunkt aus betrachtete, jüdische „Internationalisten“-Propaganda den Lobpreis des Reichstagsgaltigen Waffen führen ... logenante

Der amtliche Kriegsbericht.

W.W. Großes Hauptquartier, 9. Okt. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Der Artilleriekampf in Flandern war trotz des stürmischen regnerischen Wetters stark zwischen dem Southoukterwald und Zandvoorde. Abends sah der Feind seine Wirkung zu heftigen Feuerkochen gegen einzelne Abschnitte zusammen.

Nach unruhiger Nacht steigerte sich auf der ganzen Front die Artillerietätigkeit zum Trommelfeuer beiderseits der Bahn Station-Boelingehe. Nördlich der Straße Menin-Ypern brach englische Infanterie zum Angriff vor. Der Kampf ist im Gange.

Bei den übrigen Armeen kam es, abgesehen von tagsüber andauerndem Feuer nördlich von Soissons, nicht zu größeren Gefechts-handlungen.

Auf dem östlichen Kriegsschauplatz nichts von Bedeutung.

Mazedonische Front.

Lebhafte Feuer-tätigkeit südlich des Doiran-See, am Warbatal, am Dobropolje und im Cernabogen. Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Volkvertreter alles, was wahren Deutschen heilig ist, durch Verhehung und Zerfegung und durch Wort und Tat ver-raten!

Noch ein Punkt ist interessant: Die Schrift ist auf erstklassigem festem Illustrationspapier gedruckt, wie es heute im Handel kaum zu haben ist. Bei einem Umfange von nur acht Seiten dürfte jedes einzelne Exemplar der Schrift nach sachverständigem Urteil bei den heutigen Papier- und Druckpreisen mindestens 15 bis 20 Pf. kosten. Gleichwohl wird die Schrift gratis verteilt. Wer bezahlt die Unkosten?

Ja, wer bezahlt überhaupt die Unkosten der alldeutschen Lärm-macher. Die Frage ist oft gestellt, aber nie erschöpfend beantwortet worden.

Ernährungsfragen.

Der Preiswurm auf dem Gemüsemarkt.

Die zaudernde Preispolitik der Reichsgemüsestelle hat es mit sich gebracht, daß heute niemand weiß, welche Preise für das Gemüse gefordert werden dürfen. Wie groß die Zersplittertheit ist, geht daraus hervor, daß die Gemeinde-verwaltungen die Dinge laufen lassen, wie sie laufen wollen. Beispielsweise hat das Amt Langendreer in Westfalen unter dem 18. September folgende Kleinhandels-Schätzpreise für Weiß-, Rotkohl und Speisemöhren festgesetzt: Das Pfund Weißkohl 6 1/2 Pf., Rotkohl 12 Pf., rote Möhren 11 Pf., gelbe Möhren 8 Pf. Das benachbarte Wanne dagegen veröffentlichte am 22. September folgende Kleinhandelspreise: 1 Pfund Weißkohl 15 Pf., Rotkohl 12 bis 15 Pf., Mohrrüben 20 bis 30 Pf. Solche Kuriositäten gibt es in Hülle und Fülle. In Redlinghausen wurden städtischerseits in einer Woche das Pfund Möhren zu 28 Pf. und zu 12 Pf. verkauft. Es geht durcheinander wie auf dem bunten Theater. Daß infolgedessen der Wucher in üppigster Blüte steht, ist selbstverständlich. Es braucht sich deshalb niemand zu wundern, wenn im Volke die Meinung sich festgesetzt hat, daß vielfach mehr verordnet als überlegt wird.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Dienstag, 9. Oktober.

Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins, die gestern abend im Gemeindefestsaal tagte, war gut besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der dem Kriege zum Opfer gefallenen Genossen Franz Schwentkowsky-Travominde, Fritz Schmidt und Robert Behrens, sowie das der am Orte verstorbenen Heinrich Möller, Karl Kluth und der Genossin Anna Kruse in der üblichen Weise geehrt. Hierauf erbat die Genossin Bromme die Abrechnung vom 3. Quartal, die genehmigt wurde. Der Markenverbrauch ist gegenüber dem vorigen Quartal etwas gestiegen. Einem Zugang von 37 Mitgliedern steht ein Abgang von 46 entgegen. Gestalten sind 9, gestorben 8, abgetrennt 9, ausgetreten 13 und von 7 Mitgliedern konnte die gegenwärtige Wohnung nicht ermittelt werden. Es folgte die Stellungnahme zu den an den Parteitag gerichteten Anträgen. Genossin Bromme besprach die Anträge 1-19. Den Würzburger Antrag, die Tagesordnung durch den Bericht von der Internationalen Konferenz zu Stockholm zu ergänzen, befürwortet Redner nicht. Ueber die Vorlesung sei ausführlich in der Presse berichtet worden und die eigentliche Konferenz, um deren Willen der Parteitag von August auf Oktober verschoben wurde, habe überhaupt nicht stattgefunden. Sie sei gekürzt an dem Widerstand der Entente-regierungen. Es könnte höchstens festgestellt werden, daß wir längst den Frieden hätten, wenn die Entente-sozialisten sich dafür so ins Zeug gelegt hätten, wie die Deutschen. Die Anträge 2-14, unter denen als vierter sich auch der Antrag Lübeck befindet, befaßt sich ausschließlich mit den Einigungs-bemühungen. Jeder sei wohl von der Notwendigkeit der Wiedervereinigung überzeugt. Lebt werde sie aber nicht sein. Aber der Bundeszwang werde abflauen, wenn erst die Kriegswirren vorüber sind. Der innere Kampf habe schwer an der Kraft des Proletariats gezehrt. Wer aber die Parteigeschichte kennt, würde diese Anschuldigungen wohl befragen, nicht aber ihre Folgen überschätzen. Mit den Einigungsanträgen solle der Bundeszwang abgeklärt werden. Wir reichen die Hand zur Verständigung, wird sie zurückgewiesen, so hätten wir unsere Schuldigkeit getan. Auf einen Anstoß würde sich das Einigungswort so wie so kaum aufbauen lassen, auch hier sei es wie im Kriege. Zerstückt sei schnell und leicht, wieder aufgebaut aber schwer und langsam. Die Wirrungen und Erfahrungen des Krieges würden natürlich an der späteren Gestaltung der Partei nicht spurlos vorübergehen. Wir würden zu einem erneuerten Programm kommen. Die Gegenfrage innerhalb der Sozialdemokratie sind aber nicht national, sondern international zu überbrücken. Folglich würde auch eine internationale Verbindung der Arbeiterparteien und Gewerkschaften wieder zustande kommen, wenn auch nach Ueberwindung vieler Schwierigkeiten. Die Arbeitergemein-schaft mit dem Bundeszwang hätte keine besondere Aussicht auf lange

Dauer, vor allem nicht auf wirtschaftlichem Gebiete. Jedenfalls sollten die Einigungsanträge ein Mittel sein, den Parteikörper wieder zu kräftigen. Nebener besprach dann noch die Anträge 15-19. In der Hauptsache nehmen diese Stellung zur „Neuen Zeit“. Zweifellos wären die Anträge vom Parteitag angenommen worden, denn möge Kautsky, neben Engels und Marx, auch die meisten Verdienste um den wissenschaftlichen Sozialismus haben, so wäre es doch nicht anders möglich, als daß das wissenschaftliche Organ einer Partei von Parteimitgliedern redigiert werden müßte. Das seien aber Kautsky und Barm nicht mehr gewesen. Trotzdem hätte der Parteivorstand mit der Entlassung ruhig noch die 14 Tage warten können, bis der Parteitag geschlossen hätte. Schon im Interesse der Einigungsanträge.

Die Anträge 20-43 behandelte Genossin Stellung. Er schloß sich zunächst der Auffassung Brommes über das Vorgehen des Parteivorstandes gegenüber den Redakteuren der „Neuen Zeit“ an. Die Anträge, welche die bisherige Haltung der Fraktion in der Frage der Kriegsstreife billigen, würden wohl An-las geben, die ganze Angelegenheit noch einmal kurz aufzurollen. Die Fraktion aber konnte nach der ganzen Sachlage gar nicht anders handeln und das werde auch der Parteitag anerkennen. Selbstverständlich sei es, daß die Fraktion wie bisher den An-trägen entspreche, die auf eine Demokratisierung des Reiches und der Einzelstaaten hinwirkte. Hier würde vielleicht — wie auch in der Frage des Verständigungs-friedens — eine machtvolle Rund-gebung des Parteitages der empfehlenswertere Weg sein. Die von Berlin 4 gewählte Revision der Dresdener Resolution, bezüglich der Bundesfrage, des Zusammengehens mit den bürger-lichen Parteien brauche man heute noch nicht vorzunehmen. Die politischen Verhältnisse bringen uns hier schon auf die richtige Bahn, ohne daß jetzt eine generelle Festlegung nach dieser oder jener Richtung hin notwendig sei, da man angefaßt des Um-fandes, daß sogar Fortschrittler sich an der Vaterlandspartei und an anderen anexionistischen Bestrebungen beteiligen, äußerst vor-sichtig sein müsse. Die Frage von der Beteiligung der So-zialdemokratie an der Regierung, die von verschiedenen Partei-vereinen in Anträgen behan-elt wird, sei zweifellos eine der wich-tigsten. Wir müssen zu ihr Stellung nehmen und da sei das min-deste, daß man den eventuellen Eintritt in die Regierung abhängig machen müsse davon, daß mit dem bisherigen halb-absolutistischen System gebrochen werde und bestimmte Garan-tien geboten würden dafür, daß eine Friedenspolitik im Sinne der Reichstagsmehrheit betrieben und eine völlige Parlamentari-sierung und Demokratisierung im Reich und den Einzelstaaten erfolgen würde. Eine Reihe Anträge bezwecken positive Arbeit der Fraktion, wie diese sie bisher ja stets getrieben hat, und ein Antrag den Erlaß einer umfassenden Amnestie für alle politischen Sünder und diejenigen, die infolge des Krieges strafbare Hand-lungen begangen haben. Die gewünschte Schaffung eines Aktionsprogramms sei wohl heute noch als verfrüht zu bezeichnen, man würde erst die Erfahrungen des Krieges abwarten, bevor man diese Frage regelt. Redner sprach sich u. a. jobann gegen ein beantragtes Beschlußfassungsrecht des Parteiaus-schusses, sowie gegen die Abhaltung eines deutschen öffentlichen Sozialistenkon-gresses aus praktischen Erwägungen aus. Er schloß nach Er-örterung einiger anderer weniger wichtiger Anträge mit der Hoff-nung, daß dieser Parteitag der Sache der Sozialdemokratie und der Sache des ganzen deutschen Volkes wesentliche Dienste leisten werde.

In der Diskussion kam Genossin Hauth auf die alldeutsche Agitation im Heere zu sprechen und wünschte, daß die Reichstags-fraktion ihre Haltung ändern möchte, wenn die Regierung die Sozialdemokratie nicht als gleichberechtigt behandelt und ihre merkwürdige schwankende Stellungnahme beibehält. Weiter er-wähnte Hauth die sogenannten Staatenlose. Wenn diese Front-dienst leisten und ihr Leben für Deutschland einsehen, sollten diese auch so behandelt werden, wie jeder andere Staatsbürger, sonst könnte es vorkommen, daß man solchen Soldaten sogar die Kriegs-jürge verweigert. Der Parteitag müsse in dieser Beziehung klar und deutlich sprechen. Hierzu wurden in lebhafter Debatte innere Vereinsangelegenheiten besprochen.

Warum magern wir ab? Die „Leipziger Neuesten Nach-richten“ veröffentlichen folgenden Artikel von medizinischer Seite: Die Gründe für die zurzeit herrschende allgemeine Unterernäh-rung bestehen in der quantitativen wie qualitativen Herabsetzung unserer täglichen Nahrung. Diese legt sich im wesentlichen zu-sammen aus Eiweißstoffen (Fleisch, Eier, Milch, Käse), Zucker und Fettstoffen (Butter, Schmalz, Del). Am meisten fehlt das letzte, dessen Wert für Ernährung und Erhaltung des Körpers und seines Kräftezustandes früher offenbar weit unter-schätzt wurde.

Ein aber noch nicht oder zuwenig beachteter Faktor für die allgemeine Abmagerung ist die seit Jahr und Tag bestehende Art und Weise, wie der einzelne gezwungen ist, seine tägliche Nahrung zu erlangen, und welche die Form des längst entwichenen ge-glaubten Kampfes ums Dasein in seiner größten ursprünglichsten Form angenommen hat, ein oft buchstäblich mit allen Mitteln der List und Verschlagenheit mit Körperkraft und Ausdauer ver-bundenes Ringen um den notwendigen Nahrungsbedarf, wie einst in Urzeiten. Das erklärt physiologisch die ungeheure Gewichts-abnahme, selbst bei sonst gar nicht so unzureichender Nahrungs-aufnahme, auf nervösem Wege.

Wenn das Raubtier der Wildnis, Fuchs, Wolf, Bär, in der Frühe seine Lagerstätte verläßt, so beginnt auch sofort sein Sinnen und Trachten nach Beschaffung der Nahrung für sich und seine Jungen. Wir nennen dies freilich spezifisch tierisch, die Ausfüllung alles Denkens und Erlangens mit materiellen Zielen. Diese Sorge, verbunden mit den Gefahren der Jagd, verläßt das Jagdtier nicht und begleitet es zeit seines Lebens. Ein solches Tier aber legt kein überflüssiges Fett an und wird nicht alt. Der Löwe der Wildnis wird höchstens 20 bis 30 Jahre alt, in der Ge-langenheit, wo die Nahrungs-sorge ihm benommen ist, erreicht er 60 bis 70 Jahre. Das Zucht-tier in Haus und Hof des Landwirts, das sein tägliches Futter hingegeben bekommt, wird behäbig und leibt, ist auch meist phlegmatisch. Und die Naturvölker, die von Jagd und Fischfang leben, leben nicht an und bleiben schlank und hager: Araber und Indianer. Der Kulturmenschen vor dem Welt-krieg aber glich dem Kultur-tier im Stalle. Sorge um das Auf-juchen und Finden der Nahrung gab es nicht. Die Sorgen lagen anderswo. So lebte er wie jenes Fleisch und Fett an.

Jetzt beginnt, wie beim Raubtier, für die Familie der Tag mit der Sorge und dem Nachdenken, was werden wir heute essen und trinken, denn auch die letztere Frage ist akut geworden. Wer schlau und vorzujugend ist, wie Fuchs und Hamster, fährt am besten in diesem Kampfe. Diese tägliche Sorge im erneuten Kampf ums Dasein, das Hinnehmenmüssen von Entwürdigungen, die sich sonst einer nicht im entferntesten hätte bieten lassen, macht uns zum Jagdmenschen der Urzeit, läßt uns nicht gedeihen, macht die Nerven müde. Eine Gewöhnung daran ist ausgeschlossen. Jeder Arzt wird aus seiner Praxis, vielleicht auch an sich selbst diese Beobachtung bestätigen können.

Von der Brauereien. Der Brauereibezir Lübeck-Lauenburg hat beschlossen, daß von den sämtlichen im Bezirk bestehenden Brauereien nur die Lübecker Aktienbrauerei, die Hansa-Brauerei in Lübeck, die Brauerei von Gebr. Wächter in Wölln und die Aktienbrauerei in Ratzeburg den Betrieb aufrecht erhalten sollen. Danach würden die hiesige Vereinsbrauerei und die Brauerei von Lübeck-Wallmühle ihren Betrieb einzustellen haben.

Ein überaus redseliger Bürgermeister hat wieder einmal hier eine Gastrolle gegeben. Er hat vor allem ältere Damen be-lacht und sie durch allerhand Trübsal zur Beseitigung eines Wertes „Die Geschichte des Völkerrkrieges“ zum Gesamtpreis von 90 Mk. zu verleiten verstanden. Wer mit dem Reisenden, der sich Paul Schulz nannte und in Berlin wohnt, will, zu tun hatte, wolle seine Erfahrungen baldigst der Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelstrüme hier, Parade 1 mitteilen.

Landauferhalt für Stadtkinder. Sämtliche Kinder, die auf dem Lande untergebracht waren, müssen sich nach ihrer Rückkehr auf dem Jägerbaurt melden, Montag, Mittwoch, Freitag oder

Sonnabend von 10-12 Uhr. Alle, die sich bisher noch nicht gemeldet haben, werden hiermit aufgefordert, diese Meldung schleunigst nachzuholen, da sie sonst im nächsten Sommer keinesfalls berücksichtigt werden können.

Lübeker Schauspielergemeinde nennt sich eine von der Ritterartigen Gesellschaft ins Leben gerufene Organisation, die gleich den freien Volkshilfen in anderen Städten den Zweck verfolgt, allen Kreisen der Bevölkerung den regelmäßigen Besuch eines guten Schauspiels zu ermöglichen. Man zahlt einen Jahresbeitrag von 10 Pfennigen und erwirbt damit das Recht, auf die Vorstellungen der Schauspielergemeinde zu abonnieren. In diesem Winter sind verlässlich sechs Stücke in Aussicht genommen. Jedes Stück wird so oft gespielt, wie es die Zahl der Mitglieder nötig macht. Diese sechs Stücke werden nur für die Schauspielergemeinde gespielt und kommen außerdem nicht zur Aufführung. Die sechs Stücke dieses Winters sind: Götter, Clavigo; Sebül, Agnes Bernauer; Grillparzer, Weh dem, der lügt; Harlan, Das Nürnbergische Ei; Schiller, Hans im Schnitzloch; Thoma, Die Vokalbahn. Sämtliche Plätze des Stadttheaters sind auf drei Einheiten gebracht. Das Abonnement auf sechs Vorstellungen beträgt: 3 Mk.; 6 Mk.; 12 Mk. Innerhalb der Plakgruppen werden die einzelnen Plätze verlost. Auch wir können die Bestrebungen der Lübeker Schauspielergemeinde, gute dramatische Kunst zu mäßigen Eintrittspreisen möglichst weiten Kreisen zugänglich zu machen, nur begrüßen.

pb. **Herrenloses Seefahrtsbuch.** Gefunden wurde ein auf den Namen des Matrosen H. Lehmsberg lautendes Seefahrtsbuch. Letzteres kann von dem Eigentümer im Fundbüro entgegengenommen werden.

pb. **Heflerei.** Ermittelt und festgenommen wurde eine mehrfach bestrafte Arbeiterin aus Borby, die sich der Heflerei schuldig gemacht hatte.

pb. **Wegen Urkundenfälschung** wurde ein Arbeiter aus Braunschweig festgenommen, der eine Quittungskarte auf seinen Namen umgeändert hatte.

pb. **Beraubung von Kaufmannsgütern.** Ermittelt und festgenommen wurden zwei Hafenarbeiter wegen Beraubung von Kaufmannsgütern. In dieser Sache konnten noch vier weitere Arbeiter ermittelt werden, die von dem Diebstahl angenommen hatten.

pb. **Diebstahl?** Bei einem in Hamburg angehaltenen obdach- und mittellosen Schloffer wurde ein Objektionsapparat vorgefunden.

den. Der Angehaltene will den Apparat hier von einem Unbekannten gekauft haben. Da aber angenommen werden muß, daß der Apparat von einem Diebstahl herrührt, werden Personen, die sachdienliche Angaben machen können, ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

Schwartz-Rensfeld. Der Sozialdemokratische Verein hält Mittwoch abends 8 1/4 Uhr im Gasthof Transvaal seine Mitgliederversammlung ab. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend erwünscht.

Mendenburg. Aufgedeckter Mord. Die Leiche des Forstverwalters des abt. Gutes Erftendorf, Hawe, der seit dem 30. September d. J. vermißt wurde, ist am Sonntag nachmittag umweit Erftendorfs in einem Gehölz vergraben aufgefunden worden. Es liegt zweifellos Mord vor. Durch die Ermittlungen der Gendarmerie ist sonntags belastendes Material zusammengebracht worden, daß hiernach die Festnahme des flüchtigen Täters voraussichtlich bald erfolgen können wird.

Theater und Musik.

Im Stadttheater wurde am Sonntag Koffinis „Barbier von Sevilla“ vor dichtbesetztem Hause wiederholt. Als Kostüm trat erkmäßig die neuverpflichtete Koloratursängerin Fräulein Imme auf. Diese Partie, die gewissermaßen ein Brillantfeuerwerk italienischen Herganges bietet, stellt besonders hohe Anforderungen an die technischen Fähigkeiten einer Sängerin und Fräulein Imme bestand mit Bravour. Die Läufer und Staccati wurden von ihr mühelos und blühender ausgeführt. Ein wohlklingendes Organ, das in der Höhe leuchtende Töne gibt, ist das Kapital, welches die Künstlerin sorgfältig verwaftet, die sich auch annützig auf der Bühne zu bewegen weiß und sogar den Dialog natürlich spricht. Ihr wurde viel Beifall zuteil, besonders nach dem eingelegten Straußchen Walzer, der zwar nicht recht in den Rahmen dieser alten Oper hineinpaßt, aber Gelegenheit zu halbrecherischen Gesangsstückchen gibt. P. L.

Die volkstümlichen Konzerte des Vereins der Musikfreunde finden in diesem Winter im Stadttheater statt. Sie kommen dort noch heißer zur Geltung und finden viel größere Aufmerksamkeit

als in Räumen, wo die Musik vielmehr begleitet wurde von dem lieblichen Klavierklavier und den Schritten der fernstehenden Kellner, sowie den oft recht lauten Unterhaltungen heiterer Zischrunden. Das gelungene zweite vollständige Konzert war wie das erste vollständig ausverkauft. Es brachte in seinem ersten Teile drei Kompositionen von Franz Schubert, der merkwürdig an Vollständigkeit gewonnen hat, seit seine liebenswürdige Musik den Verfeinerten des „Reimäderlhauses“ die Tafel mit Lantienem füllt. Ge spielt wurde die Ouvertüre zur „Zauberharfe“, die Zwischenaktmusik „Rosamunde“ und die unvollendete Sinfonie in H-Moll, in deren ersten Satz Motive der Rosamunde-Musik erklingen. Unter Dr. Gählers Leitung brachte das Orchester diese Werke fein abgetönt zu Gehör. Im zweiten Teil hatte Johann Strauß das Wort, dessen bekannte Walzer und Ouvertüren wieder viel Beifall fanden.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 8. Oktober. (Amtlich.) Im Sperrgebiet um England wurden durch unsere U-Boote wiederum 19 500 Brutto-Registertonnen versenkt. Unter den versenkten Schiffen befanden sich der englische bewaffnete Dampfer „Joseph Chamberlain“ mit Bretterladung, sowie der russische bewaffnete Dampfer „Australia“ — der Flachs geladen hatte.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Böwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: J. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Inserate

finden durch den „Lübeker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübeker Volksboten“

Bekanntmachung.

Die Geschäftsräume der Bezugsstellen-Ausgabestelle und der Ausgabestelle für Lebensmittelkarten im Haus Königstraße 89 (Haus Schwaner & Heeschen) sind vom Dienstag, dem 9. Oktober 1917 ab von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags ununterbrochen geöffnet.

Lübeck, den 8. Oktober 1917.

Das Polizeiamt. (9051)

Bekanntmachung

betreffend Ermittlung der Herbstkartoffelernte.

An die Wiedereinführung der auf den Polizeiwachen und in den eingemeindeten Gebieten auf den Polizeistationen ausgegebenen Formulare betreffend

Ermittlung der Herbstkartoffelernte

wird erinnert. Die Wiedereinführung hat bis spätestens den 10. Oktober d. J. zu erfolgen. Zur Ausfüllung der Formulare ist jeder Kartoffelerzeuger mit einer Herbstkartoffel- andauflage von mehr als 200 qm verpflichtet.

Lübeck, den 8. Oktober 1917.

(9063)

Der Ausschuss für Kriegshilfe.

Plötzlich und unerwartet erhielten wir gestern die tieferschütternde Nachricht, daß unser innigstgeliebter, ältester Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Unteroffizier

Robert Behrens

im eben vollendeten 24. Lebensjahre diesem unmenschlichen Krieg in der Nacht zum 1. Oktober bei einem Sturmangriff zum Opfer gefallen ist. Er folgte seinem geliebten Schwager, sowie seiner Schwester und Nichte in kurzer Zeit. In tiefem Schmerz (9049)

W. Behrens und Frau, geb. Kalbow.
E. Sonnenberg und Frau, geb. Behrens.
Anna Behrens.
Louis Behrens, z. Zt. in franz. Gefangensch.
Helene Behrens, Else Behrens.

Deutscher Bauarbeiter-Verband Zweigverein Lübeck.

Am Sonnabend verkehrt unter Leitung der Maurer

C. Jaacks

im 68. Lebensjahre. Erhebe seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 11. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, in der Werkstatt statt. (9055)

Der Zweigvereinsvorstand.

Franz Heiser Magda Heiser

geb. Zieh. Vermählte. Lübeck, im Oktober 1917. Für viele Geschenke und Gratulationen herzlichen Dank. (9057)

Für die zahlreichen Glückwünsche und Geschenke zu unserer silbernen Hochzeit sagen wir unseren herzlichsten Dank. (9048)

A. Ziehm und Frau.

Sonnabend abend a. d. Hotel „Schwaner“ a. d. Mühlentorstr. 22, verlesen. Bitte briefl. abzus. (9054)

Eine sozialdemokratische Zeitung Norddeutschlands sucht für den politischen sowie für den lokalen Teil ihrer Zeitung je

einen militärfreien Redakteur.

Beide Personen müssen längere Erfahrung besitzen, absolut selbständig arbeiten und auf allen Gebieten bewandert sein. Ferner

einen militärfreien Buchhalter

für dopp. ital. Buchführung. Ihm liegt das Inseratenwesen, Kalkulation in Akzidenzarbeiten, Korrespondenz, Kasse, sicher im Bilanzabschluss und die Vertretung des Geschäftsführers ob. Ferner

einen militärfreien Expedienten für Zeitung und Buchhandel.

Dieser muß mit dem Abonnement- und Kassenwesen, im Buchhandel bewandert und mit der Führung der Bücher vertraut sein.

Sämtliche Bewerber wollen mit Angabe der bisherigen Tätigkeit ihre Bewerbung unter L. V. an die Expedition des „Lüb. Volksboten“ einreichen.

Gesucht für eine norddeutsche Buchdruckerei:

2 **Maschinenjeker** (Linotyp) mit genauer Kenntnis des Maschinen-Mechanismus,

2 **Handjeker** für Zeitung und Akzidenzen,

1 **Korrektor**, der auch beim Zeitungssatz Aushilfe leisten muß. Bewerber müssen völlig militärfrei sein.

Angebote sind zu richten unter L. V. an die Expedition des „Lübeker Volksboten“.

Hansa-Theater.

Mittwoch, den 10., Donnerstag, den 11., Freitag, d. 12. Oktober abends 7 Uhr:

Gastspiel Ernst Gerhart Tandar vom Deutschen Theater in Berlin: (9060)

Die Königin der Luft.

Vorverkauf: Holstenhaus und an der Theaterkasse.

Hansa-Theater.

Sonnabend, den 13. Okt., abends 7 1/4 Uhr

Beethoven-Abend. CONRAD ANSORGE.

Der Konzertsüßel ist aus der Niederlage A. Friedr. Hausmann, Johannstraße. (9061)

Kartenverkauf: Musikalienhandlung Robert, Breite Straße, Holstenhaus und an der Theaterkasse.

Verlor. 1 Messingkapsel

von einem Wasenrad (Bahnhof-Schwartauer Allee). Gegen Belohnung abzugeben (9064) Beim Kettisch 14.

Entflog a. Vaar Straßentanz. (blau-weiß und gelb-weiß). Nachricht und abzus. geg. Belohnung (9055) Alsterstr. 43, pt.

Rechnungs-Formulare

werden hergestellt in der Buchdruckerei „C. H. Kollatz“ Johannisstraße 46

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.

e. g. m. b. H.

Achtung Mitglieder!

Mit dem 30. September schließt unser Geschäftsjahr. Zur Feststellung des Umsatzes der Mitglieder müssen die in der Zeit vom 1. Oktober 1916 bis 30. September 1917 bei den Einkäufen erhaltenen Marken, soweit sie volle zwanzig Mark betragen, und die Mitgliedsbücher in der Zeit

vom 1. bis 10. Oktober 1917

in den Warenabgabestellen abgeliefert werden.

Nur in dieser Weise abgelieferte Marken können zur Berechnung der Rückvergütung in Betracht gezogen werden.

Nach dem 10. Oktober abgelieferte Marken haben keine Gültigkeit.

Etwa den Betrag von 20 Mk. nicht erreichende Marken sind im Oktober-November 1917 beim Umtausch zu verwenden.

Die bei der Ablieferung erhaltene Quittung bitten wir sorgfältig aufzubewahren, da nur gegen Rückgabe derselben die Rückvergütung ausbezahlt wird.

9052

Der Vorstand.

Lübeker Schauspielergemeinde

Für einen Jahresbeitrag von 10 Pfennigen hat man das Recht, auf sechs Vorstellungen zu abonnieren.

Diese sechs Vorstellungen werden 9050

nur für die Schauspielergemeinde,

ausserdem nicht weiter gespielt.

Drei Platzgruppen zu M. 3.—, M. 6.—, M. 12.—. Anmeldungen bei Ernst Robert u. an d. Theaterkasse.

Visitenkarten

liefert schnellstens

Buchdr. Friedr. Meyer & Co.

Achtung!

Sozialdemokratischer Verein für Stockelsdorf u. Umgegend

Außerordentliche

Mitglieder-Versammlung

heute

Dienstag, den 9. Oktober 1917 abends 8 Uhr

bei Herrn F. L. Paetow, Fackenburg.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Um zahlreiches Erscheinen der Genossinnen und Genossen wird dringend ersucht (9056)

Der Vorstand.

Hansa-Theater.

Heute abend 7 Uhr: (9065)

Die Königin der Luft.

Große Posse mit Gesang und Tanz v. Reimann u. Schwarz.

Sozialdemokratischer Verein Schwartau-Rensfeld.

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, dem 10. Oktober abends 8 1/4 Uhr

im Lokale des Herrn W. Hilpracht (Gasthof Transvaal).

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend notwendig. Keiner darf fehlen! (9054)

Der Vorstand.

Stadttheater.

Dienstag, den 9. Oktbr. 1917 und

Mittwoch, den 10. Okt. 1917:

Anfang 7 Uhr: Neuheit!! Neuheit!!

Die Kaiserin.

Operette von Leo Fall. Donnerstag, den 11. Okt. 1917:

Anfang 6 1/2 Uhr:

Lohengrin.

Vom 10. Oktober 1917 ab

verlege ich meinen gesamten Geschäftsbetrieb von der Lindenstraße 48 a nach

Dornestr. 46, Eingang vom Töpferweg.

Lübeker Schachtel- u. Pappteller-Werk

Telefon 9064. **JOHANNES MOLL** Telefon 9064.

Haupterzeugnisse: Aller Art Versand- und Verpackungsschachteln, Feldpostschachteln, Pappteller.

9062

Die Frau als Arbeiterin.

„Die Frau gehört ins Haus“ — hieß es ehemals, obwohl schon vor dem Kriege Tausende von Frauen und Müttern zur Arbeit außer dem Hause und, was noch schädlicher auf die Familie einwirkte, zur Lohnarbeit im Hause, zur Heimarbeit in den verschiedensten Berufszweigen gezwungen war. Man denke nur an die Tabakindustrie, fülle sich den oft sehr kleinen Raum der Zigarren-Heimarbeiterinnen vor, in dem nicht selten die ganze Familie ist, arbeitet und schläft. Der Krieg hat die Frauen nicht erlöst von ihrem Grunddienst; immer mehr und mehr treibt er sie aus dem Hause, aus der Familie, hinaus ins Wirtschaftsleben. Gilt es doch, vor allem die leeren Plätze in Werkstätten und Fabriken zu besetzen, von denen die Männer hinweggeholt werden, hinaus zum blutigen Völkerringen. Und dann zwingt die stetig steigende Teuerung Tausende von Frauen, mitzuverdienen, um die Familie einigermaßen über Wasser zu halten. Es gibt fast keinen Beruf mehr, in dem die Frau nicht vertreten ist. Vom leichteren Schreibdienst bis zur harten Transportarbeit. An den Häfen stehen viele junge Mütter und lösen Kohlen. Mit äußerster Kraftanstrengung versehen sie ihr Amt, arbeiten rastlos und erwarten sehnsüchtig die kurze Abendstunde, die sie bei ihren Kindern weilen dürfen. In Ziegeleien sieht man sie schwer schafften im Schweiß ihres Angesichts; sogar am Kesselfeuer arbeiten sie als Heizerinnen. Man legt sich unwillkürlich die Frage vor: Kann der weibliche Körper all die Strapazen ertragen, ohne dauernden Schaden zu nehmen? Und wenn der Krieg vorbei ist, werden diese Frauen der Familie wiedergegeben werden? Aber was wird aus den Tausenden von Kriegswitwen und Bräuten, die nie wieder heiraten können oder wollen; was aus den zahllosen Frauen schlechtbezahlter Arbeiter, die doch stets gezwungen sein werden, mitzuverdienen? Da gilt es, vor allen Dingen bessere Arbeitsbedingungen, Arbeiterinnenlohn, kürzere Arbeitszeit, gleichen Lohn für die Frauen zu erkämpfen. Es darf nicht sein, daß die Frau dem Manne, der mit seinem Leibe Heim und Herd schlichte, da draußen im Felde täglich, stündlich dem Tode ins Angesicht sah, als Lohnbrüderin entgegentritt. Es darf auch nicht sein, daß die Kräfte der Frau in längerer schwerer Arbeit zu früh verbraucht werden. Sie hat ja außer ihrem Beruf als Arbeiterin und Hausfrau auch die heiligste Pflicht zu erfüllen, Mutter zu sein. Das aber kann sie kaum unter den obliegenden Verhältnissen. Es gilt, bessere Zustände zu erkämpfen, damit der Frau, auch wenn sie Lohnarbeiterin ist, doch Zeit bleibt, sich der Familie widmen zu können. Deshalb kommt der Werbemonat für unsere Frauenbewegung zur rechten Zeit. Die Frau gehört in die sozialdemokratische Partei; nur eine starke politische Organisation kann den genügenden gesetzlichen Schutz für die arbeitende Frau und Mutter erreichen.

Anna Mosegaard.

Deutscher Reichstag.

Montag, 8. Oktober.

123 Sitzung. Mittags 12 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Helfferich.

Auf der Tagesordnung steht zunächst eine Ergänzung des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmen, durch welche Bankunternehmungen zur Stärkung des Grundkredits nicht mehr dem Aufsichtsrat für Privatversicherung unterworfen werden, indem sie nicht als Versicherungsunternehmen anzusehen sind.

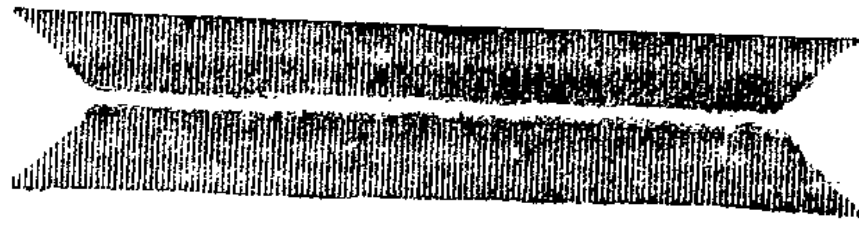
Abg. Dr. Mayer-Kaufbeuren (Zentr.): Im Einvernehmen mit sämtlichen Fraktionen des Hauses habe ich zu erklären, daß wir bereit sind, dem Entwurf in allen drei Lesungen ohne Ausschlußberatung zuzustimmen.

Der Entwurf wird in allen drei Lesungen debattelos angenommen, desgleichen ein Gesetzentwurf zur Änderung des Reichsstempelgesetzes, durch welchen der Bundesrat ermächtigt wird, Bestimmungen und Ermäßigungen für einzelne Gattungen von Waren zuzulassen.

Geschäftsordnungsdebatte.

Abg. v. Beyer (Sp., zur Geschäftsordnung): Ich beantrage unter Uebergang der folgenden Tagesordnungspunkte jetzt sofort die beiden letzten Punkte vorzunehmen (dritte Lesung des Nach-

tragsetats und der Ergänzung zum Besoldungsgesetz) und zwar deshalb, damit diese beiden Nachtragsetats an den Haushaltsauschuß zurückverwiesen werden können. Die überwiegende Mehrheit der Parteien halten das für angezeigt, und zugleich halten sie es für zweckmäßig, daß die abgebrochene Beratung vom



Kein Schwanken und Ueberlegen

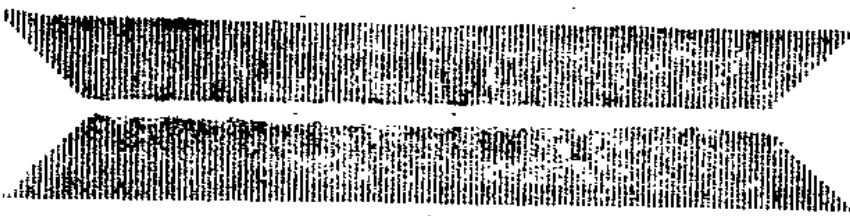
darf es geben!

Jetzt gilt nur die Tat! — —

Wenn jeder einzelne — ausnahmslos — seine höchsten Kräfte anspannt, dann wird auch diese Kriegsanleihe den großen Erfolg haben, den sie haben muß.

Denn nicht mit Granaten allein kann der harte Endkampf ausgefochten werden; erst das erneute Zeichen unsrer ungebrochenen wirtschaftlichen Kraft wird den Ausschlag geben. Nur so zwingen wir unsre Feinde zur Vernunft.

Darum zeichne!



Sonnabend über die Interpellation Antrid erst fortgesetzt wird, wenn der Ausschuß gesprochen hat. Wir werden daher auch beantragen, daß der Reichstag sich für heute vertagt, so daß heute nachmittag der Hauptauschuß Zeit hat, sich mit allen Fragen zu befassen, die er noch zu beraten hat. Dann soll morgen vormittag die Fortsetzung der Interpellationsberatung sofort beginnen.

Abg. Graf Westarp (K.): Meine Freunde widersprechen diesem Antrag. Er ist das Resultat interfraktioneller Besprechungen, zu denen meine Freunde nicht zugezogen waren. Wir sind dafür dankbar, denn wir können die Verantwortung für diese Politik nicht übernehmen. Die Verhandlungen vom Sonnabend müssen nach außen den Eindruck von Konflikten und Spannungen erwecken, die im Interesse des Landes gerade jetzt auf das Äußerste zu bedauern sind. (Sehr richtig auf allen Seiten des Hauses.) Die Zurückverweisung der Nachtragsetats in den Ausschuß soll diese Etats mit den Verhandlungen über die Interpellation im Zusammenhang bringen. Ein solcher Zusammenhang besteht unserer Auffassung nach nicht, die Verhältnisse sind vielmehr vollkommen klar.

Abg. Haase (Unabh. Soz.): Mit der Vorstellung der Beratung des Nachtragsetats sind wir einverstanden. Aber darin hat Graf Westarp recht: die Verhältnisse sind völlig klar. Wer nach der Verhandlung vom Sonnabend noch nicht weiß, woran er mit der Regierung ist, dem ist überhaupt nicht mehr zu helfen. (Sehr richtig! bei den Unabh. Soz.) Die politischen Verhältnisse sind so klar, daß sofort ein Urteil gefällt werden kann. Kommt die Sache aber noch einmal in den Ausschuß, so liegt die Gefahr nahe, daß die durchaus klaren Verhältnisse wieder verdunkelt werden, und dazu haben wir keinen Anlaß. (Beifall bei den Unabh. Soz.)

Abg. Ebert (Soz.): Wenn Graf Westarp die Vertagung mit Rücksicht auf die durch die Verhandlungen vom Sonnabend geschaffene Konfliktsituation bedauert, so ist zu bemerken, daß gerade er und seine Freunde diese Stimmung hervorgerufen haben und die Verantwortung für die dadurch geschaffene Schädigung der Interessen des Vaterlandes tragen. (Lebh. Zus. links. Widerspruch rechts.) Der Haushaltsauschuß hat dem Nachtragsetat eine Bestimmung hinzugefügt, die den Reichskanzler zur Ausgabe von 3000 Millionen Mark Schahanweisungen zur vorübergehenden Verfügbarmachung der Reichshauptkasse ermächtigt. Nach den Verhandlungen vom Sonnabend haben wir ein Interesse daran, festzustellen, inwieweit Mittel des Reiches für die Agitation im In- und Ausland der Vaterlandspartei verwendet werden. Diese Prüfung können wir nicht im Plenum vornehmen. Wir haben nicht die Absicht, Herrn Dr. Helfferich und andere Vertreter der Regierung im Ausschuß Lebenswichtigkeiten zu sagen, sondern wir wollen Klarheit darüber schaffen, wie weit Reichsmittel für diese Zwecke verwendet werden, und da wird es wohl möglich sein, daß Konsequenzen über den Nachtragsetat im ganzen gezogen werden. Entschieden für meine Freunde ist, daß die sachliche Behandlung der Interpellation in keiner Weise gehindert wird und daß ihre Beratung morgen vormittag in der Reihenfolge der bereits gemeldeten Redner weitergeht. (Lebh. Zus.)

Abg. Martin (D. Fr.): Wir stimmen der Zurückverweisung nicht zu, denn ein sachlicher Zusammenhang zwischen dem Nachtragsetat und der Debatte der Interpellation besteht unserer Ansicht nach nicht. Aus schärfster Zurückweisung muß ich die Behauptung, daß die Vaterlandspartei Konfliktsstoff ins Land getragen hat. Es ist ihr vielmehr ernst mit ihrer Absicht und ihrem Bestreben, Einigkeit hervorzurufen.

Abg. Graf Westarp (K.): Nicht die Vaterlandspartei hat die Konfliktsituation hervorgerufen, denn wer hat die Interpellation eingebracht. (Lachen links.) Das Auftreten des Staatssekretärs Dr. Helfferich am Sonnabend entsprach durchaus der durch Ihre (nach links) Zwischenrufe geschaffenen Situation. Bei dem Nachtragsetat handelt es sich um ein Schahanweisungsgebiet, wobei doch nicht alle möglichen Positionen des Etats besprochen werden können.

Der Antrag auf Voranstellung der Beratung der Nachtragsetats wird angenommen, und hierauf der Antrag auf Zurückverweisung der Nachtragsetats an den Hauptauschuß gegen die Stimmen der Rechten und der Unabh. Soz. angenommen.

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Dienstag 10 Uhr.

(Antrag, Fortsetzung der Interpellationsberatung, Bericht des Hauptauschusses über auswärtige Politik. Interpellation über das Vereins- und Versammlungsrecht im Zusammenhang mit dem Bericht des Ausschusses betreffend Schußhaft, Belagerungszustandes usw., Interpellation des Zentrums über die Verhältnisse des Mittelstandes, dritte Beratung des Nachtragsetats.) Schluß 1 Uhr.

r Nachrichten.

Kulturhistorische Novelle von Levin Schücking.

7. Fortsetzung.

„Ich glaube, Hände, er läßt keinen Wald Wald sein und hofft den ganzen Tag bei seinem Weibe!“ geruhten sie. Durchlaucht diese Abnahme ihrer gnädigen Stimmung eines Tages ausdrücklich zu verstehen geben.

„Durchlaucht!“ antwortete ich, dem Manne offen und frei in das große, feuchtblaue Auge sehend, „ich versäume meine Pflichten sicherlich nicht und daß schon auf, daß nirgendwo in meinem Walde — getrevelt wird!“

Die feuchtblauen Augen gingen an zu blitzen, und eine zornige Falte zog sich zwischen ihnen zusammen. Ich kümmerte mich nicht darum. Ich hatte schon nach U. geschrieben, ob ich nicht meine alte Stelle wiedererhalten könne, und hatte meinem Weibe erwidert, daß ich in des Herzogs Dienst nicht bleiben wolle. Allgütige hatte meine Erklärung mit einer Miene aufgenommen, die genugsam zeigte, daß sie beifolgte davon war; aber sie hatte nur schwermütig die Köpfe gezuckt und mir kein Wort erwidert.

Ein paar Wochen vergingen — wie sie für mich dahin gingen, davon will ich schweigen, denn ihr verständet's doch nicht, was in einem Manne vorgeht, der in meiner Lage ist, der vor dem Schänder seiner Ehre demütig den Nacken beugen muß, während ihm in allen Fingern das Verlangen krampt, ihn zu erwürgen — genug, einige Wochen vergingen, als eines Tages ein paar Herren bei mir erschienen, die ganz mit der freundlich zutunlichen Herablassung, womit ich gewöhnt war von den Hofherren behandelt zu werden, erst von Weitem und Wind und anderen gleichgültigen Dingen redeten und mir dann eröffneten, daß sie auch ein Amtsgeschäft hätten, daß sie eine Kommission bildeten, welche umherzöge, die Forstlässe zu revidieren.

Ich nahm die Sache mit Gleichgültigkeit auf, führte die Herren in meine Schreibstube, legte ihnen die Bücher vor und schloß die Revolverkassette auf. Sie revidierten und — fanden, daß von den 950 Gulden, so als Bestand da sein sollten, 300 fehlten.

Ihr werdet nicht glauben, Meister, daß ich in dieser Stunde davon denken kann, auch die Wahrheit zu verhehlen — ich brauche euch nicht Beteuerungen zu machen und Eide zu schwören — ich sage euch einfach: die fehlende Summe war noch dagewesen vier Tage vorher, und ich — ich hatte sie nicht herausgenommen.

Die Schlüssel der alten Kiste waren unversehrt. Verletzungen waren an derselben nirgends zu sehen. Sie mußte mit den rechten Schlüsseln geöffnet und wieder geschlossen sein.

Ich hatte keine Leute im Hause, deren Treue und Ehrlichkeit ich hätte bezweifeln können — die Magd war zu dumm, um einen verbrecherischen Gedanken zu fassen, der Schreiber war eine alte, ehrliche Seele, wie je eine gewesen, der Forstgehilfe aber ein harmloser, junger Mensch, und guter Leute Kind — und ohnehin auch, wie hätten sie alle zu den Schlüsseln kommen können — die lagen in einem Spind zu Häupten meines Bettes und der Schlüssel zu dem Spind kam nie aus meiner Tasche.

Es war nur ein Wesen in der Welt, das diesen Schlüssel leicht an sich nehmen konnte, wenn es nachts meinen festen Schlaf bemerken wollte! Nur eines!

Ihr könnt euch vorstellen, daß dieser Gedanke, der mir blitzschnell durchs Hirn fuhr, nicht dazu beitrug, mir die verlorne Bestimmung und Sprache wiederzugeben, auf daß ich mich hätte verantworten können. Ich war wie vom Donner gerührt — ich ließ die Herren stumm, wie ein teilnahmsloser Mensch, nieder-schreiben in ihr Protokoll, was ihnen beliebte; nur als sie mich wegführen lassen wollten, verlangte ich mein Werk zu sehen. Sie war nicht zu finden; sie war, ohne mir ein Wort zu sagen, nach Fürsteneck gegangen, um die Frau eines Hofbeamten dort zu besuchen, wie die Magd von ihr gehört hatte — sie war schon seit mehreren Stunden gegangen!

Daß ich unschuldig an dem Verbrechen, glaubt ihr mir, Meister, aber die Welt glaubt es nicht. Das wären, hieß es bei dieser, die Folgen des vornehmen Umganges mit den Hofkavalieren, die im Fürstehause ein und aus schwärmten, der Gastereien, der Bedürfnisse der vornehmen Frau und ihrer adeligen Wirtschaft — es waren die natürlichen Folgen und die gerechte Strafe. Die adelige Wirtschaft hatte mich in Schulden gebracht, das ist wahr, Gott sei's geklagt — es kam zur Sprache und — es bekräftigte meine Schuld. Als man dann gehört hat, daß der Herzog sich sofort nach Hohenzingen bringen lassen, da mag denn freilich hie und da einer den Kopf geschüttelt haben, daß das so ohne langes Verhör, ohne Urteil und Recht geschehe — aber man ist ja in diesem Lande an solche hochfürstliche Justiz gewöhnt, und war ich nicht durch des Herzogs besondere Huld und Gnade ausgezeichnet gewesen und deshalb doppelt strafbar? Das wird wenigstens bei allen denen feststehen, die mich um diese — Gnade beneidet haben.

„Und euer Weib — was wurde aus ihr?“
„Mein Weib? Was aus ihr wurde? Denkt ihr, sie sei zugrunde gegangen? O nein — ich erfahre hier zwar nicht, was

draußen in der Welt vorgeht — das aber hat doch seinen Weg zu mir gefunden, daß es ihr sehr, sehr wohl geht! Sie blieb im Försterhause. Der Herzog ließ es ihr — vier, fünf Monate lang; dann zog sie nach Fürsteneck — sie erhielt eine Wohnung im Schloß — der Herzog gab ihr auch ihren adeligen Namen wieder — sie heißt nun Frau von Renffeln.“

„Den Namen hab' ich nennen hören,“ fiel Brandlecht ein — „als den der neuen allmächtigen Freundin des Herrn — und ihr, Mann, glaubt nun, es sei alles ein teuflisches abgefartetes Spiel gewesen, die Wegnahme des Geldes, die Kommission, der Befehl, euch nach Hohenzingen zu bringen?“

Der Gefangene zuckte die Köpfe.

„Sag' ich jetzt nicht anderthalb Jahre hier, ohne alles Verhör und Urteil —“

„Aber von Urteil und Recht ist doch in dem Papier die Rede, das gestern eintretwegen aus der Kasse des Herzogs an den Kommandanten gelangt ist?“

„Von Urteil und Recht habe ich nichts erfahren und gewahrt“, antwortete der Gefangene tonlos.

„Das ist ja eine entsetzliche haarsträubende Sache,“ antwortete Brandlecht empört aufspringend, „und darum sollt Ihr nun hier so grauam umkommen und vor der Zeit ein schmachvolles Ende finden? Und ich — ich soll —“

„Laßt euch darum keine grauen Haare wachsen“, verjehrte der Förster, wieder nach dem Glase greifend, „seid ihr's nicht, so ist's ein anderer — und was das Sterben angeht, geht, so ist's ein Laßal für mich, daß es aus und zu Ende sein soll — oder glaubt ihr, ein Mann, den sie in Hohenzingen begraben haben, ein Mann, dem am Herzen liegt, was mir daran liegt, glaubt ihr, der betragte nicht den Tod als seinen Freund? Wahrhaftig, Meister Hämmerlein, ihr braucht mich nicht um Verzögerung anzugehen — ich werde euch Dank schuldig sein! So ist mir um's Herz — ich habe nie leere Worte gemacht und am wenigsten in dieser Stunde.“

„Ich glaub's euch — ich glaub's euch, Mann“, verjehrte Brandlecht tief aufatmend und in dem Gewölbe auf- und niederstreichend. „Und doch — und doch — seht, diese meine rechte Handgäb' ich her, auf der Stelle, wenn ich nichts damit zu schaffen hätte. O, mein Gott, welch' elendes Leben ist dies, und was haben wir armenleuten Menschen verbrochen, daß es uns so mit kalter Bitterkeit und Galle gespeist und zuletzt unter eitel Schmerzen und Verzweiflung abgenommen ward!“

(Fortsetzung folgt.)

Die Kriegslage.

188. Berlin, 8. Oktober, abends. (Amstlich.)
Im Westen nur an der flandrischen Front Feuerkampf von wechselnder Stärke.
Im Osten nichts von Bedeutung.

Wien, 8. Oktober. (Amstlich.)
Am Jongo lebte an zahlreichen Stellen das Artilleriefener flacker auf. Besondere Steigerung erfuhr es auf der Hochfläche von Gainsija-Heiligen Geist. In Infanteriekämpfen kam es nur im Gabelste-Abchnitt, wo mitternacht auch Vorstöße abgewiesen wurden. Sonst nirgends besondere Ereignisse.
Der Chef des Generalstabes.

Frankreich und Belgien.

Die Kämpfe an der Westfront.

Vom Juli bis September wurden von den Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht, Deutscher Kronprinz und Herzog Albrecht nicht weniger als 337 Offiziere und 13512 Mann als Gefangene eingebracht. 41 Minenwerfer und 483 Maschinengewehre fielen in deutsche Hände. Ferner wurden 4 Geschütze und 11 feindliche Flugzeuge erbeutet.

Der französische Sozialistenkongress.

In der Sonntags-Sitzung des Sozialistenkongresses sagte Voranne, ein Mitglied der Mehrheit, die einzige Frage sei die nach dem Wert des Friedens und nicht nach dem Zeitpunkt des Friedens. Er habe für die Teilnahme an der Stockholmer Konferenz gestimmt, aber er werde nicht nach Stockholm gehen, um dort irgendwelchen Frieden herzustellen, denn der Sozialismus dürfe seine Unterdrückung nicht unter ein vorläufiges Abkommen setzen, es müsse die Sprache des Freimutes und der Klarheit sprechen. Mikral, ein Mitglied der Minderheit, sagte, er wolle weder für den Frieden der Besiegten, noch für einen Frieden des Siegers stimmen. Denn der Sieger werde ohne Mitleid sein. Zwischen diesen beiden Möglichkeiten gebe es einen Platz für einen Sieg des Rechtes, den einzigen, den er wolle. Die Mitarbeit der Partei in der Regierung machte Mikral von der Bewilligung der Pässe für Stockholm abhängig. Er wurde darin von Redouze unterstützt. Compere Morel bekämpfte diesen Standpunkt und sagte, er würde jede Regierung der nationalen Verteidigung unterstützen und nur fordern, daß sie den Krieg eilig betreibe und dann den Frieden beschleunige. Renaudel erklärte, mit Mikral gegen Grimm, den Organisator von Kienthal, einer Meinung zu sein.

In der Nachmittags-Sitzung wurden die Zustimmungskundgebungen der russischen, italienischen und amerikanischen Sektion verlesen. Ein Telegramm von Henderson wünscht einen baldigen Zusammenritt der Konferenz der Sozialisten der alliierten Länder und hofft, daß die französische Sozialistenpartei zur Einstimmigkeit über den Wiederaufbau der Internationalen nach dem Kriege gelangt und beständig schließlich den Willen der englischen Arbeiter, den Krieg bis zu einem siegreichen Frieden fortzusetzen. Konstantinowitsch (Serbe) sprach über die Opfer seines Vaterlandes und erklärte, er seiner Pflicht gegenüber der Internationale festzuhalten. Ein Zwischenfall entstand dadurch, daß der Vertreter von Paris, Cahen, Klage erhob, weil das Begrüßungstelegramm der russischen sozialistischen Partei beim Kongresse nicht einging, welches er nur aus der Presse kenne. Renaudel stimmte ihm bei und brachte einen Beschlusstrat ein, der von der Regierung die sofortige Auslieferung der vollständigen Abschrift des Telegramms fordere. Sudruill, der Parteisekretär, bemerkte, das Telegramm könnte nach Paris, dem Sitz der Partei, gerichtet sein, anstatt nach Bordeaux. Darauf sprachen verschiedene Redner für die Beschlusstratträge der Mehrheit und Minderheit. Brizon war für einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen. Voranne antwortete: Zum Frieden gehören die Entschädigungen. Brizon erwiderte: Deshalb sind wir ja nach Zimmerwald und Kienthal gegangen, um die deutschen Sozialisten zur Arbeit für den Frieden aufzufordern. Redouze bemerkte dagegen: Die Antwort für Euer Entgegenkommen geben sie Euch bei Riga. Passoni widerlegte den utopischen Grundgedanken Brizons. Um eines möglichst baldigen Friedens willen beschloß man einstimmig, nach Stockholm zu gehen. Die allgemeine Ansprache soll Montag zu Ende geführt werden.

Rußland.

Die finnische Republik.

Meldung der Petersburger Telegramm-Agentur: Der jetzt veröffentliche Entwurf der Finnland zur Republik erklärt, besagt: Die gelehrende Gewalt liegt dem Landtage und dem Präsidenten der Republik zu. Die Vollzugsgewalt liegt dem Präsidenten unter Aufsicht des Staatsrats zu. Es wird das allgemeine Wahlrecht eingeführt. Der Präsident wählt sein Amt am 28. April an. Der Staatsrat führt den Oberbefehl über die finnischen Streitkräfte in Friedenszeiten. Die Fragen bezüglich der Beziehungen zur russischen Regierung werden durch den Präsidenten in Uebereinstimmung mit dem Ministerrat gezeugt. Die Minister ernannt der Präsident. Die allgemeine Wehrpflicht wird im ganzen Lande eingeführt.

Ein zweites Gesetz über die Beziehungen zu Rußland besagt: Finnland bleibt mit Rußland vereint, hat aber eine eigene Verfassung, eine eigene Regierung und unabhängige, gesetzgebende und vollziehende Gewalt. Die Fragen über Krieg und Frieden sind gemeinsam und verbindlich für beide Länder. Sie werden geregelt gemäß den Staatsgrundgesetzen Rußlands. Verträge mit fremden Staaten werden von Rußland eingegangen, wenn dieses kein Recht nicht an die Regierung Finnlands abtritt.

Eine zweite demokratische Konferenz.

Soll am 8. November stattfinden. Sie soll alle Arbeiter, Soldaten- und Bauern-Delegierten umfassen.

Der Seetrieg.

Ein internationales deutsches Unterseeboot entwickelt. Das deutsche Unterseeboot „293“, das in Cadix am 2. September einlaufen und interniert war, entwich in der letzten Nacht. Der Kommandant eroberte alle hohen verantwortlichen Militär- und Marineoffiziere ihrer Kommande.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Deutschland und Argentinien.

Der argentinische Präsident Srigona stellte sich in der ententefreundlichen argentinischen Zeitung „La Nacion“ für den Bruch mit Deutschland ausgesprochen haben. Wie das hamburgische argentinische Generalkonsulat mitteilt, hat der Präsident die ihm unterzeichnete Erklärung als falsch bezeichnet und auf das energischste bestritten.

Das deutsch-holländische Abkommen hinsichtlich der Kohlenversorgung Hollands und einer Kreditgewährung an Deutschland ist zustande gekommen.

In Portugal

Soll nach Budapest Meldung eine tiefgehende Säuerung herrschen. Die Versuche, ein Konzentrationsministerium zu bilden, scheiterten an den Bedingungen, die gestellt wurden. Verlangt wird: Aufhebung des Belagerungszustandes, Wiederherstellung der Verfassungsgarantien, Auflösung der Cortes und die Einstellung weiterer Truppenversendungen nach dem europäischen Kriegsausbruch. Der Kriegsminister hat bei Besichtigung der Truppen beratige Vermürfe erhalten, daß er die Besichtigung abbrach. Im Zentral-Postamt in Lissabon soll eine jüdische Schläger getobt haben, 1200 Besamte wurden verhaftet. Der gesamte Handel liegt still; die Zeitungen erscheinen nicht.

Uruguay und Peru.

Die Kammer nahm mit 74 gegen 23 Stimmen den Abbruch der Beziehungen zwischen Uruguay und Deutschland an. Der Senat beschloß den Abbruch mit 13 gegen 3 Stimmen. Der Kongress von Peru beschloß den (von uns bereits gemeldeten) Abbruch der Beziehungen zu Deutschland mit 105 gegen 6 Stimmen. Infolge der Spannung in den deutsch-peruanischen Beziehungen hat der Militärattache der Berliner peruanischen Gesandtschaft, Hauptmann Guerrero, telegraphisch um Ablösung.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Mit der Zensur

beschäftigte sich am Sonnabend der Hauptausschuß des Reichstages. Nach längerer Debatte wurde folgender Antrag der Genossen Heine-Hach angenommen: Dem früher beschlossenen Antrag 566 hinzuzufügen:

Das Verbot darf sich bei einer täglich erscheinenden Zeitung nicht auf mehr als drei Erscheinungstage, bei einer in längeren Zwischenräumen erscheinenden Druckchrift nicht auf mehr als zwei Nummern erstrecken. Das gilt auch für bereits ergangene Verbote.

Der Antrag 566 lautet: „Die den Militärbehörden auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand zustehenden Befugnisse beschränken sich der Presse einschließlich des Buchverlages gegenüber auf das Gebiet der Mitteilung von Tatsachen der Kriegführung und deren Kritik, soweit durch solche Erörterungen militärische Unternehmungen beeinträchtigt werden könnten.“

Die Erörterung der Kriegs- und Friedensziele, von Verfassungsfragen und Angelegenheiten der inneren Politik unterliegt nicht der Zensur.

Verbote von Zeitungen und Zeitschriften dürfen nur aus Gründen der Gefährdung militärischer Unternehmungen und nur mit Zustimmung des Reichstanzlers und nach Anhörung des Herausgebers über die Gründe des beabsichtigten Verbotes erfolgen.“

Sozialistenbelämpfung in Hannover.

Hannover besitzt eine Stadthalle, die der Allgemeinheit zur Verfügung steht. Den Sozialdemokraten war dieses Gemeineigentum bei der bekannten Stellungnahme der oberen Behörden vor dem Kriege verschlossen; daß sie jetzt noch, im vierten Kriegsjahre, der größten Partei verschlossen bleiben soll, ist ein Zeichen dafür, daß die Stadtgewaltigen in Hannover von einer „Reuorientierung“ nichts wissen wollen.

Am Donnerstag, den 27. September, wurde das Gesuch um Ueberlassung der Stadthalle zu einer für Sonntag, den 7. Oktober, geplanten Versammlung zu Händen des Stadthallen-Direktors eingereicht. Der Stadthallen-Direktor hat aber nicht die Befugnis, über solche einfache Angelegenheit nach eigenem Ermessen zu befinden. Die Angelegenheit wurde daher an den dafür zuständigen Dezerenten weitergegeben. Aber auch dieser Herr scheint mit der Befugnis selbständiger Entscheidung nicht ausgerüstet und die Stadthalle der Sozialdemokratie zu einer Versammlung herzugeben, ein weiterführender Ereignis zu sein. Witzig wurde zunächst bei der Regierung (?) angefragt, ob Bedenken gegen die Hergabe der Stadthalle für die geplante Versammlung zu erheben seien!!! Die Regierung hat erklärt, daß ihrerseits Bedenken nicht zu erheben seien. Das genügt nicht. Vielleicht erlaube bei der Militärbehörde (!) ein rettender Eingel. Deshalb wurde beim stellvertretenden General-Lotomando des 10. Armeekorps angefragt. (!!) Auch dieses konnte den Bedenken gegen die Hergabe der Stadthalle zu der gedachten Versammlung nicht zu machen, gab vielmehr der Stadtverwaltung anheim, nach eigenem Ermessen zu handeln. Man hätte nun annehmen dürfen, daß damit endlich die Angelegenheit erledigt war und der Hergabe der Stadthalle nichts mehr im Wege stand, internat. Wilhelm II. bei Ausbruch des Krieges den bedeutungsvollen Satz gesprochen hat: „Ich kenne keine Parteien mehr!“ Herr Senator Kauer dürfte es wohl wagen, nach den von der Regierung und dem Generalkommando erteilten Bescheiden nach eigenem Ermessen zu entscheiden. Doch mußte eine Magistrats-Sitzung einberufen, die am 2. Oktober stattfand. Vorsitzender des Magistrats ist der Stadtdirektor Tramm, der in der Berliner Versammlung der Vaterlandspartei gegen jede Konzeption auf dem Gebiete der Reuorientierung eingetreten ist. Bei ihm ist von der früheren sozialistenfeindlichen Anspannung auch nicht ein Atom verloren gegangen. Die Stadthalle ist aber nicht Eigentum Trammes, sondern dem Gebiete der Steuerzahler, zu der auch die überaus große Zahl hannoverscher Sozialdemokraten gehört, gehört. Gebaut zu dem Zweck, daß sie großen Veranstaltungen dienen solle. Für die Benutzung der Stadthalle muß eine erhebliche Gebühr von vielen hundert Mark gezahlt werden. Trotzdem erfordert die Stadthalle Jahr für Jahr Zuschüsse. Das alles hinderte den Stadtdirektor nicht, sich mit Aufwendung aller Kraft gegen die Hergabe der Stadthalle zu der

gedachten Versammlung zu wenden. Der Magistrat verwertete die Hergabe der Stadthalle mit der Begründung, daß die Verfügung, an sozialdemokratische Organisationen städtische Lokale nicht zu vermieten, noch nicht aufgehoben sei. Diese Begründung ist natürlich nur eine Ausrede, denn die Stadthalle ist dem Arbeiterbildungsausschuß für seine Veranstaltungen während des Krieges auch schon zur Verfügung gestellt worden.

Unser hannoversches Parteiorgan bemerkt hierzu: „So gesehen im vierten Kriegsjahre in Hannover. Netze Zustände! Er entrüstet sich über England und Frankreich, entrüstet sich über Wilson-Noten! Wie steht im eigenen Haus aus? So etwas ist möglich in einer Zeit, in der Millionen Sozialdemokraten sich fürs Wohlergehen des deutschen Volkes einsetzen! Das ist möglich in den Tagen, in denen man auch die Millionen Sozialdemokraten zur Zeichnung auf die Kriegsanleihe auffordert, um das Durchhalten zu sichern! Es gibt keine Bezeichnung, die stark genug für das Verhalten des Stadtdirektors. Und er, ausgerechnet er, gründet Vaterlandsparteien und ruft das Volk auf zu Vaterlandsliebe und Einigkeit!!! Oh, nur so weiter!“

Die fortschrittliche Volkspartei gegen Traub.

Der Zentralausschuß der fortschrittlichen Volkspartei, der am Sonnabend und Sonntag im Reichstagsgebäude tagte, nahm nach Referaten der Abgg. G o t h e i n und v. P a n e r Entschlüsseungen zur Friedensfrage und für freiheitliche Reformen an. Ueber das Verhältnis zur Vaterlandspartei fand eine längere Debatte statt, die mit der Annahme folgenden vom Abg. W i e m e r gestellten Antrags gegen eine Stimme ihren Ausdruck fand:

Der Zentralausschuß spricht die Erwartung aus, daß die Mitglieder der fortschrittlichen Volkspartei sich von jeder Unterstützung der deutschen Vaterlandspartei fernzuhalten, weil ihr Auftreten die innere Geschlossenheit gefährdet und ihr Ziel insbesondere darauf gerichtet ist, die Durchführung innerpolitischer Reformen während des Krieges zu verhindern. Der Zentralausschuß erkennt das Recht auf Meinungsfreiheit innerhalb der Partei an, soweit nicht das Parteiprogramm eine Bindung der Auffassung enthält, mißbilligt aber auf das Entschiedenste, wenn Mitglieder der Partei wegen einer abweichenden Meinung eine öffentliche Agitation gegen die Parteimehrheit, zumal mit Unterstützung von Parteigeignern, betreiben. Die agitatorische Tätigkeit eines Abgeordneten der Partei gegen die Haltung der parlamentarischen Parteivertretung erachtet der Zentralausschuß als nicht vereinbar mit den Pflichten, die aus der Parteizugehörigkeit erwachsen.“

Aus dem Gerichtssaal.

Schwere Bestrafung eines Flugblattverbreiters. Der Dreher Ostar Weiß hatte in Berlin ein Flugblatt verbreitet, in dem die Namen des Druckers und Verlegers fingiert angegeben waren und welches zur Arbeitseinstellung, die auch zum Teil Erfolg hatte, aufforderte. Er wurde deshalb am Freitag von der 1. Strafkammer des Landgerichts Berlin I zu neun Monaten Gefängnis verurteilt, auf welche Strafe sechs Monate von der acht Monate dauernden Untersuchungshaft angerechnet wurden. — Der Staatsanwalt hatte ein Jahr Gefängnis beantragt. Die Verhandlung fand wegen Gefährdung der Staatssicherheit unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, nur das Urteil und Begründung wurden öffentlich verkündet.

Aus Nah und Fern.

Betrugsgeschäfte von Schuhhändlern. Das Kriegswucheramt Stuttgart teilt mit: Verfehlungen ganz erheblichen Grades gegen die Vorschriften über den Handel mit Schuhwaren sind durch das Kriegswucheramt Stuttgart aufgedeckt worden. Die Schuhwarenhändler Benjamin und Berta Spira und insbesondere der Inhaber des Schuhwarenhauses Romeo Joachim Rosenberg, haben Schuhwaren zu Wucherpreisen verkauft und in großem Umfange. Rosenberg etwa für eine Million Mark Waren im Wege des wilden, unerlaubten Einkaufs an sich gezogen. Die dabei eingehesimten Kriegsgewinne erreichten ganz beträchtliche Summen. Rosenberg hat sich während des Krieges in Stuttgart eine Villa um 180 000 Mark gekauft und hat zu deren Einrichtung für nicht weniger als etwa 80 000 Mark Möbel bestellt; für den Ankauf von Juwelen und Bildern hat er in jedem Monat hunderte von Mark ausgegeben. Benjamin Spira und Rosenberg sind festgenommen worden. Erhebliche Mengen von Schuhwaren wurden beschlagnahmt und werden dem geregelten Verkehr zugeführt. Rosenberg hat seine unerlaubten Einkäufe hauptsächlich in Wirmajens gemacht. An den unerlaubten Käufen beteiligten der Eheleute Spira sind eine Anzahl Schuhfabriken in Tuttlingen beteiligt. Dort haben sich u. a. die Firmen Johannes Martin (Inhaber Ernst Martin), Peter Walter und Karl Scheuermann und in besonderem Maße die Firma M. Graf Söhne (Inhaber Eugen und Ernst Graf) grobe Verstöße gegen die Vorschriften über den Verkehr mit Schuhwaren aufzuweisen kommen lassen.

Notwohnungen in Ludwigshafen. Die Wohnungsnot hat in Ludwigshafen einen derartigen Umfang angenommen, daß Notwohnungen in Wirtschaftshallen für obdachlose Familien eingerichtet werden müssen. Vor Zugang wird ernstlich gewarnt.

Folgenschwere Kesselexplosion. In der Eisengießerei von Ernst Wehr in Lörbach in Baden ereignete sich eine folgenschwere Kesselexplosion. Zehn Arbeiter wurden schwer verletzt. Von den beim Unfall verletzten Arbeitern verstarben im Laufe des Nachmittags vier. Fünf schweben noch in Lebensgefahr.

Die Opfer des Taifuns in Japan. Die Liste der Opfer des Taifuns wächst rasch. Der Schaden ist so groß, daß vorläufig nur eine ungefähre Schätzung möglich ist. Der Sachschaden beträgt vermutlich über 100 Millionen Yen. In der Präfektur von Tokio allein gingen über 500 Menschen zugrunde. 3000 Häuser wurden zerstört, 150 000 Häuser überflutet und 200 000 Personen sind obdachlos. Mehrere Dörfer der Umgebung von Tokio sind vollständig zerstört. In Sunamur wurden 300 Leichen gefunden. 300 Einwohner einer kleinen Insel bei Unonasa wurden mit der Insel vom Meere verschlungen. Weitgehende Hilfsmaßnahmen werden getroffen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwach, Druck Friedr. Meyer & Co.,
Sämtlich in Kassel.

Geleitene Nummern des „Volksboten“

bitten wir nicht wegzuworfen, sondern zur Gewinnung neuer Abonnenten weiterzugeben. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, für sein Parteiblatt zu werben.